

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Briefgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stünning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Preis-Anzeigen
für die dreigesetzte Zeitung oder deren Raum 30.-

Inhalt: Die Hamburger Gewerkschaftswoche. — Die Gewerkschaftsbewegungen des Centralverbandes der Maurer Deutschlands im Jahre 1907. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umfrage. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Berichte. — Schätzjahriges Verleben des „Operario Italiano“. — Central-Krankenkasse. — Sterbefälle. — Grundstein zur Einigkeit. — Von Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submitionen usw. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Hamburger Gewerkschaftswoche

liegt hinter uns. Eingesetzt durch ein Misstrauen des revolutionären russischen Tondichters Tschaitowsky und geschlossen mit der Adolffischen Arbeiter-Marschallia, hat der sechste Gewerkschaftscongres seine ihm zugesetzte Aufgabe in würdiger Weise gelöst.

Die Verhandlungen wurden Montag, den 22. Juni, von dem Vorsitzenden der Generalkommission, Genosse Carl Legien, mit einer wichtigen Rede eingeleitet. Der Redner verwies auf den glanzvollen beispiellosen Aufstieg der deutschen Gewerkschaften und sagte von ihm: Dieser Aufschwung hat sich vollzogen nicht etwa im Gewerkschaftsland oder gar mit Unterstützung der herrschenden Klassen und der Regierung, sondern gegen deren Willen und unter ständigerem Widerstand, der von einer Seite geleistet wurde. Wenn Deutschland heute das hervorragendste Industrieland ist, wenn es ihm gelungen ist, selbst das älteste Industrieland, England, zum Teil auf dem Weltmarkt zu verdrängen, wenn heute deutsche Produkte auf den Märkten aller Weltteile gern gekauft werden, so verdanken wir, das nicht den Rüstungen, nicht der Vermehrung der Kanonen und Kriegsschiffe, nicht dem siegenden Heere, sondern zum größten Teile der Intelligenz der deutschen Arbeiter. Ich will die Tätigkeit der Unternehmer, durchaus nicht in den Hintergrund stellen, aber das steht außer Zweifel: Der intelligente, kapitalistische Unternehmer würde die Produktion nicht vollziehen können; wenn wir nicht über eine intelligente Arbeiterklasse verfügen; und das die deutsche Arbeiterklasse zu dieser Intelligenz gekommen ist, das darf sie nicht den Herrschenden, sondern ihrer eigenen Erziehung, ihrer Organisation. Gerade weil diese Organisation die Arbeiterklasse Deutschlands geistig so weit gebracht hat, daß Deutschland an erster Stelle steht, deswegen sollten die herrschenden Klassen unsere Organisationsbestrebungen unterstützen. Aber das Gegebe in gilt; man versteht, die Arbeiterklasse hinzutanzten. Sozialistengesetz, Umfragesetz, Buchhaltungsvorlage besagen genug, daß die Herrschenden unsere Arbeit mit Mitleid und Misstrauen betrachten. Auch das neue Geweinsgesetz stimmt diesen gewerkschaftsfeindlichen Geist. Aber wir sehen uns durch trocknendem. Wir haben uns Beachtung erkämpft. Heute gelten die gewerkschaftlichen Organisationen schon als Machtfaktor im Wirtschaftsleben und sie sind heute auch schon ein Machtfaktor im politischen Leben geworden. Ja, man kann nicht einmal unsere Gewerkschaftsorganisationen an amtliche Stelle entbehren. Muß doch das Statistische Amt, eine Reichsbehörde, sich an die Gewerkschaften wenden, um die Arbeiterstatistik betreiben zu können. Sie ist bei dieser Statistik auf die Hülfe der Gewerkschaften angewiesen, und diese Hülfe ist stets gern und in ausreichendem Maße geboten worden. Auf die Dauer allerdings wird ein Zustand nicht haltbar sein, daß auf der einen Seite eine Reichsbehörde die Hülfe unserer Organisationen in großem Maße in Anspruch nimmt, und auf der anderen Seite eine andere Reichsbehörde, diese unsre Organisationen als nicht vorhanden betrachtet. Allerdings bitten wir um die Anerkennung nicht, und um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir auch für diesen Kongress, trotzdem wir ständig mit einer Reichsbehörde arbeiten, davon Abstand ge-

nommen, Regierungsvertreter einzuladen. Unsere Macht ist gegeben, sie kommt dadurch nicht mehr oder weniger zum Ausdruck, wenn Regierungsvertreter an unserer Tagung teilnehmen. Nachdem die Regierung es abgelehnt hat, sich auf dem Gewerkschaftscongres vertreten zu lassen, dort, wo über die Erhebung der Sache der elendesten Schichten unserer Gesellschaft beraten werden sollte, haben wir auch keine Veranlassung, sie zur Teilnahme an unserer Tagung, wie die Kraft der deutschen Arbeiterklasse, die Gewerkschaftsorganisationen vertreten werden, einzuladen. Wir werden unsere Arbeiten ebenso gut ohne die Teilnahme von Regierungsvertretern erledigen können, und ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Kongres unsrer Gewerkschaften wieder einen Fortschritt bringen wird, daß unsere Beratungen und Beschlüsse dazu beitragen werden, unsre Kraft wiederum, so zu stärken, daß die Zeit nur noch ganz kurz bemessen sein wird, in der uns die rechtliche Anerkennung zu teil werden muß.

Die Gründungsrede gibt großen Kongressen oft gleich das richtige Gepräge, und darum freuen wir uns aufrichtig über den entschiedenem Ton Legiens.

Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden glatt, ohne jede Meinungsverschiedenheit erledigt. Zu Differenzen kam es bei dem Punkt Maize, worüber wir ja in den letzten Jahren verschiedentlich Meinung gehabt haben. Der Gewerkschaftscongres hatte eigentlich nur über die Vereinbarungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, betreffend Unterstützung der wegen der Maizefeier Geschäftsregelungen, zu beraten und zu beschließen. Hierzu lagen Anträge einiger Gewerkschaftsvertreter vor, wonach die Unterstützung auf die Gewerkschaften der Verbände übernommen werden sollte. Diesen Anträgen konnte schon deshalb keine Folge gegeben werden, weil dem Kongres kein Beslußrechtheit darüber zusteht, ob und inwiefern die Verbände Mittel für diesen Zweck verwenden können und wollen. Für ebenso unangebrach haben wir es gehalten, daß einige Delegierte mit wahren Angestüm die Befestigung der Arbeitsruhe am 1. Mai propagierten. In rechter dantonsverter Weise führte Genosse Legien die Debatte zu dem einzigen richtigen Abschluß, indem er die auf Befestigung der Arbeitsruhe hingelösten Reden als einen Disziplinsbruch gegen das Votum des Cölner Kongress und die Vereinbarung der deutschen Delegierten auf dem Internationalen Kongres in Stuttgart bezeichnete. Die Vereinbarung über die Regelung der Unterstützung wurde anerkannt, die Generalkommission soll jedoch versuchen, mit dem Parteivorstand die Frage noch besser zu regeln.

Einige leichte Gewitterwolken entluden sich, wie immer, bei der Beratung der „Grenzstreitigkeiten“. In luger Voraustritt hatte der Kongres gleich nach seiner Konstituierung eine Redaktionskommission eingesetzt und ihr die Bearbeitung der dreizehn Grenzstreitigkeitsanträge mit auf den Weg gegeben. Eine Debatte im Plenum ließ sich dadurch natürlich nicht ganz vermeiden; sie nahm jedoch nicht den nüchternen Verlauf, der von manchem befürchtet worden war. Die „Bedürfnisse“ einzelner Verbände, auf Kosten anderer ihren Mitgliedern zu erhöhen, wurden selbstverständlich scharf zurückgewiesen. Die von der Redaktionskommission vorgelegte Resolution, worin unter Hinweis auf die Notwendigkeit von Kartellverträgen die lokale Anerkennung des Organisationslandes und die Unterlassung jeder unlauteren Agitation gefordert wird, wurde mit einigen Zusätzen schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

Eine kurze, aber scharf zugesetzte Aussprache knüpfte sich an den Punkt „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Der vorjährige Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine hatte in bezug auf die Fortberungen der Arbeiter einen Beschluss gefaßt, der in gewerkschaftlichen Kreisen große Mithaltung hervorrief. Der diesjährige Genossenschaftstag (Eisenach, 22. bis 24. Juni) sollte nun den Fehler wieder gut machen, hat aber nach Meinung

mehrerer Kongressdelegierten den Zweckpakt nur noch verschärfen: Freundschaftswoche waren es nicht, die dem Gewerkschaftstag vom Kongres gewidmet wurden. Diese Mithaltung konnte jedoch nicht dazu führen, den Genossenschaften nunmehr den Krieg zu erklären, sondern es wurde der Beschluss des Cölner Gewerkschaftskongresses erneuert, insofern die Konsumgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung der genossenschaftlichen Befreiungen aufs tatkräftigste zu unterstützen sind.

Zu Auseinandersetzungen geringfügiger Art führten noch die Punkte: „Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung“, „Der Bohrstock als gewerkschaftliches Kampfmittel“ und „Die Organisation zur Erziehung der Jugend“, während die übrigen großen Referate nur Zustimmende Anerkennungen hervorriefen. (Die Revolutionen werden wir in den nächsten Nummern unseres Blattes zum Abdruck bringen.) Sozialpolitische Streitfragen haben wir innerhalb der Arbeiterbewegung nicht mehr. Wenn sich unsere Kongresse mit der Sozialpolitik beschäftigen, dann geschieht es zum Zwecke einer wichtigen Demonstration gegen die Verhübung jedes Arbeiterschutzes durch die Regierung. Und das haben der Genossen Wollenbuth mit seinem Referat und der Kongres mit seinem stürmischen Beifall gründlich beforgt.

Noch eine kleine Debatte über verschiedene Kleinigkeiten und den Dämon Altholz, dann wurde der Kongres mit einem prächtigen Schlusswort des Genossen Wollenbuth geschlossen. Wir können uns in allen Städten dem Schlussredner anschließen. Der Kongres hat eine reichhaltige Tagesordnung bemüht und der Arbeiterkampf in wichtigen Fragen gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Natur neue Richtlinien vorgezeichnet. Große Streitfragen waren nicht auszusehen; denn die Arbeiterbewegung ist dahin gelangt, daß beide Glieder des großen Körpers nach einem Ziele streben. Die Gewerkschaften haben bislang schon große Aufgaben erfüllt, größere stehen ihnen aber in Zukunft noch bevor. Der Kampf für Durchführung unserer Grundzüge wird und muß durchgeföhrt werden. Wir sind aus dem Zeitalter der Kleinkämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete heraus, immer größer gestalten sich die Formen der wirtschaftlichen Kämpfe zur Besserung der Arbeitsverhältnisse. Und wir müssen uns auf die Zeit der noch größeren Kämpfe rüsten. Dazu bedürfen wir der Einigkeit, die uns stark macht in der Pflichterfüllung bis zum äußersten.

Die Lohnbewegungen des Centralverbandes der Maurer Deutschlands im Jahre 1907.

II.

b) Die Arbeitseinstellungen im besonderen.

Arbeitseinstellungen, an welchen unser Verband beteiligt war, sind 419 mit 32 649 beteiligten Personen vorgenommen. Von den Streiks dienten 203 mit 33 428 beteiligten Personen der Abwurf. Die übrigen 216 mit 29 305 beteiligten Personen stehen dagegen mit der Bewegung zur Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen im Zusammenhang.

Was lehrt waren:

154 mit 12824 beteiligten Personen	Angriffstreits,
11 " 1469 "	Angriffstreits und Ausperrungen,
10 " 13688 "	Ausperrungen,
9 " 619 "	Ausperrungen und Angriffstreits,
32 " 756 "	partielle Angriffstreits.

Demnach ergaben sich aus der Initiative der Arbeiter 197 und aus der Initiative der Unternehmer 19 Arbeitseinstellungen. Erstere bezeichnen wir mit Angriffstreits, letztere mit Ausperrungen.

Es kamen somit drei Arten von Streiks in Frage, und zwar:

197 Angriffstreits,
19 Ausperrungen,
203 Abwurfsstreits.

Von den gesamten Arbeitseinstellungen wurden betroffen 3146 Betriebe mit 28 998 beschäftigten und für die Arbeitseinstellung in Frage kommenden Personen. Streitbrecher verblieben daher den Unternehmern 6349, durchschnittlich auf jeden Betrieb 2.

Westfalen und Rheinland:

Dortmund (Sperre über den Fabrikbau Leissner in Wambel), **Eberfeld-Barmen** (Sperre über die Arbeiten der Firma Dieder & Co. aus Stettin an der Gasanstalt), **Vlotho** (Streik).

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperre über F. Gg. Held und Störz), **Darmstadt** (Sperre über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementierer);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korkfabrik), **Lambrecht** (Sperre über Brenk), **Hassloch** (Sperre über Bittlinger und Steidel), **Colmar** (Bauarbeiterstreik), **Waldkirch** (Sperre über Bayer);

Bayern:

Flarkirchen (Streik), **Wasserburg** (Sperre über Näßbach), **Neuburg a. d. D.** (Sperre über Stettner), **Marienstein** (Sperre über Rosch), **Laufen a. d. Salzach**, **Bad Aibling** (Differenzen);

Fliesenleger:**Rheinland-Westfalen** (Abwehrstreiks).**Schweiz:****Loche, Bern** (Differenzen);**Oesterreich:**

Böh. Leipa, Gloggnitz, Kaaden, Kladno, Kralup, Spalato, Taus, Troppau, Ung. Hradisch.

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagybecskerek, Mezötor (Aussperrung).

Schweden, Norwegen:**Allgemeine Aussperrung.****Gau Berlin.**

Im **Wittstock** befinden sich die Kollegen seit dem 20. Mai im Streik, um sich dagegen zu wehren, einen von den Unternehmern dictierten Vertrag bis 31. Dezember 1912 zu unterschreiben. Inzwischen hat ein Archiv aus Bremberg, mit Namen F. Stoy, die Unternehmer der Ostpreußen organisiert mit einer Sektion in Wittstock. Als Zeichen ihrer neuen Macht haben sie sofort schwarze Listen anfertigen lassen, worauf 85 streikende Kollegen verzeichnet sind. Diese Listen haben sie an die Unternehmer der Prignitz, mit dem Ergebnis, diese Maurer nicht einzustellen, verband. Der Streik scheint aber den Herren doch recht unangenehm zu werden, denn sie sind steif auf der Suche nach Streikbrechern. Letzter haben sie eine Anzahl von dem Berliner Abhängen bekommen. Vor einigen Tagen stand in der "Berliner Morgenpost": Maurer melden, **Restaurant Gleimstr. 11**. Der Juwelier davon ist der frühere Verbandskollege und Juwelier **Robert Köppen**. Diese edelsten der Arbeiter, die sich in B. als Streikbrecher gebrauchen lassen, betrügen sich aber nach Notizen in den dortigen Briefen darüber, daß sie gegenjetzt die Köpfe blutig schlagen und sogar die Bürger bedrohen. Trotzdem erfreuen sie sich des Schutzes der Polizei. Einige handelten sogar mit Revolvern herum. Da es kaum glaublich ist, daß sie in Berlin soviel überwiegend haben, um die Dinger laufen zu können, so muß man annehmen, daß sie ihnen jemand anders in die Hand gebracht hat. Aber die Wittstocker Kollegen werden trotz dem Gedränge der Unternehmer wissen, daß der Verband mit seinen Mitteln hinter ihnen steht.

In **Bernau** wurde am 22. Juni über sämtliche Bauten des Unternehmers Bach die Sperre verhängt. Der Unternehmer verlangte, daß unsere Kollegen in Alsfeld mäunern sollten. Die einmütige Arbeitseinstellung hätte zur Folge, daß der Unternehmer die Forderung zu unterziehen. Gerade in diesem Lohngebiet verliefen es die Unternehmer mit Lohnabreduzierungen und sonstigen Ver schlechterungen, aber einmütig wehrten sich die Kollegen dagegen und stets mit Erfolg.

Gau Bremen.

In **Bremen** lehnten die Unternehmer die Forderungen ab. Sie ermutigten sich damit, daß sie meinten, unsere Organisation sei nur eine vorübergehende Ercheinung. Um die Unternehmer von diesem Irrthum zu beseitigen, haben die Kollegen die Arbeit übergelebt und zwar bis auf zwei (Blümmerfeld und Marchall) einmütig.

Gau Danzig.

In **Lautenburg** ist der Streik nach sechzägiger Dauer erfolgreich beendet worden. Die Kollegen forderten einen Stundenlohn von 43 $\frac{1}{2}$ Pf. und die zehnständige Arbeitszeit. Bisher bestand die elfständige Arbeitszeit, wofür ein Tagelohn von 4,40 gezahlt wurde. Der Streik wurde notwendig, weil die Unternehmer überhaupt keine Zugeständnisse machen wollten. Nach einigen Tagen nahm die Bürgermeister von Lautenburg Verhandlungen der streitenden Parteien an, die vor beiden Seiten angenommen wurden. Es kam ein dreijähriger Tarif zu Stande, der bis zum 1. April 1911 läuft. Bis zum 31. März 1909 beträgt die Arbeitszeit elf Stunden pro Tag und der Stundenlohn 40 Pf. Von 1. April 1909 bis zum 31. März 1910 werden bei ge meinhaltshiniger Arbeitszeit 42 Pf. Stundenlohn und vom 1. April 1910 bis zum 31. März 1911 bei zehn Stunden 44 Pf. Stundenlohn gezahlt. In Lautenburg gehören sämtliche Kollegen dem Verbande an. Alle haben sie treu zur Sache gehalten und dadurch den guten Erfolg errungen.

Zu ernstlichen Differenzen kam es am 28. Juni bei dem Kaffernbalt im **Deutsch Eslau**, an dem der Unternehmer Bludau aus Lübeck die Maurerarbeiten aufstieß. Den sogenannten fremden Geleuten zahlte er 45 Pf. pro Stunde und mehr, und im Gegensatz hierzu den Maurern aus Deutsch Eslau und Umgegend nur 43 Pf. pro Stunde. Daß eine solche Klassifizierung der Böhmen in Unzutrefflichkeiten führen mußte, ist klar, zumal die hiesigen Kollegen den fremden durchaus gewachsen sind. Die Eslauer Kollegen verlangten nun, daß ihnen auch der Rohn gezahlt würde, den die fremden Maurer erhalten. Aber kaum hatten sie einem der vielen Polizei ihre Wünsche kundgetan, so erging auch schon von dem Oberpolizei die Auf-

fordering an die Maurer, sofort, und zwar in fünf Minuten, die Baustelle zu verlassen.

Etwa 50 Kollegen waren somit gezwungen die Arbeit zu verlassen. Die fremden Maurer, etwa 30 bis 40 an der Zahl, blieben bei der Arbeit. So war die Situation, als die Kollegen den Gauvorstand von der Arbeitsniederlegung unterrichteten. Es wurden Verhandlungen angebahnt, die aber kein befriedigendes Resultat brachten. Der Geschäftsführer der Firma lehnte sich aufs hohe Pferd, redete viel von "Ultimatum stellen" und "Arbeit niemanden", was er sich nicht selber lasse und erklärte, daß er eine Tafel anfertigen lassen werde mit der Aufforderung an die Streikenden, am 25. die Arbeit beendunglos wieder aufzunehmen. Es sollten nach Möglichkeit die bisherigen Arbeitskräfte wieder eingefügt werden. Damit waren die Verhandlungen mit diesem Herrn zu Ende. Als aber die Tafel mit der untenstehen Aufforderung erschien war und die ausständigen Kollegen auf die Baustelle rückten und ihre Tafelabnahmen und ihr Geld verlangten, kam die Sache anders. Der Polizei und die Bauführer erklärten, vor jeder Maßregelung Abstand zu nehmen und jeden einzustellen. Auch auf die Einführung der elfständigen Arbeitszeit wurde verzichtet. Ferner gab der Polizei die Erläuterung ab, daß in Zukunft nach dem Tarif in **Deutsch Eslau** zu richten und Maßregelungen zu unterlassen. Die Kollegen berücksichtigten die gegebene Situation und erklärten sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Kaum war die Arbeit aufgenommen, als die "Deutsch Eslauer Zeitung" erschien und eine große Anzeige der bananaherrenden Firma brachte, die nach der Niederchrift zu urteilen, Aufführung über den Maurerstreik schaffen wollte, aber gerade das Gegenteil bewirkte. Auf die Anzeige einzugehen, lohnt sich nicht, denn sie ist viel zu absurd gehalten. Nur den Vorwurf wollen wir aufzuweisen, daß die Maurer "ohne Kündigung kontraktbrüdig" geworden seien. Die Kollegen konnten nicht kontraktbrüdig werden, weil sie mit der Firma keinen Tarif vereinbart hatten. Das weiß doch der Geschäftsführer des Herrn Bludau auch. Wozu also solche Täuschungsmaßnahmen?

Gau Hamburg.

Vom Zweigverein **Quakenbrück** wird berichtet, daß sich die Unternehmer in einer Verhandlung weigerten, die gestellten Forderungen zu bewilligen. Falls sich die Unternehmer nicht noch anders besonnen haben, ist am 1. Juli die Arbeit eingestellt worden.

Gau Leipzig.

Die Firma **Gebrüder Schürich** aus **Leisnig** führt in **Collmn** und bei **Görlitz** einen Kirchenbau aus. Diese Firma hält nun nach dem im Oktober 1907 mit den Görlitzer Unternehmern abgeschlossenen Vertrag einen Stundenlohn von 40 Pf. zahlen müssen, so zahlte aber nur der Stundenlohn von 37 Pf. wie er im Vertragsgebiet Leisnig üblich ist. Auf Beratung der Görlitzer Kollegen hatte der Gauvorstand die Sache untersucht und mit den in Frage kommenden Kollegen gesprochen. Ferner hatte der Gauvorstand am 2. Juni die Firma erfuhr, den vertragsmäßigen Lohn zu zahlen. Die Firma lehnte es rundweg ab und überwies die Angelegenheit dem Arbeitsgeberverband, Bezirk **Döbeln**, zur weiteren Erledigung. Der Gauvorstand war nun der Meinung, daß die Niederweisung an den Arbeitsgeberverband einer Verschleppung gleichkönne und empfahl deshalb am 18. Juni den am Kirchenbau beschäftigten Kollegen, nochmals bei Schürich vorstellig zu werden und zu sagen, daß sie mit dem ablehnenden Bescheid nicht einverstanden sein könnten. Die Firma Schürich lehnte aber wiederum jede Lohnanhebung ab. Am 15. Juni kam es deshalb zur Arbeitseinstellung. In Frage kommen 12 Kollegen mit 24 Kindern. Am 16. Juni versuchten nun der Vorsitzende des Gauvorstandes und die Lohnkommission mit Schürich zu reden und ihn schließlich zu veranlassen, den Görlitzer Vertrag anzuerkennen, aber vergebens. Der Unternehmer Schürich erklärte, er könne allein über diese Angelegenheit nicht entscheiden, er wolle abwarten, welche Stellung der Arbeitsgeberverband dazu einnehme. Am 20. Juni erhielt der Gauvorstand von der Firma folgendes Schreiben:

Nachdem wir uns nochmals an den Vorsitzenden des Arbeitsgeberverbandes gewendet haben, erhielten wir heute Antwort, welche wörtlich lautet:

In Sache Ihres Lohnstreites für einen Bau in **Collmn** kann nur unser Tarif in Frage kommen. Dieser Ort steht in ihrer Geschäftssphäre und kann nicht eng durch den amtsbauprätumspolitischen Bezirk begrenzt werden. Hochachtungsvoll

ges. C. Koch, Baumeister, Vorsitzender des Arbeitsgeberverbandes.

Sie erheben hieraus, daß der Arbeitsgeberverband sich vollständig auf den von uns eingenommenen Standpunkt stellt und wir glauben, daß auch Sie nun denselben einnehmen werden. Hochachtungsvoll

Baumeister Otto Schürich.

Inhaber: **Georg und Otto Schürich.**

Auf dies Schreiben ist der Firma Schürich vom Gauvorstand mitgeteilt worden, daß er die Ansicht des Vorsitzenden, Baumeister Koch, nicht teilen kann. Im Döbelner resp. Leisniger Vertrag steht, daß er für alle zur Amtshauptmannschaft Döbeln gehörenden Orte Gültigkeit hat. Da der Ort Collmn zur Amtshauptmannschaft Grimma gehört, ist für jeden, der die Dinge nicht durch die Unternehmerseite ansieht, klar, daß der Döbelner-Leisniger Vertrag nicht in Frage kommen kann. Außerdem läßt der Wortlaut des Görlitzer Vertrages über den Ort Collmn gar keine Zweifel aufkommen. Interessant an der ganzen Sache ist die Auslegungskunst des Baumeisters Koch und des Vorsitzenden der Arbeitsgeberorganisation. Weil er den Ort Collmn nicht in das Leisniger Vertragsgebiet verlegen kann, so muß, um den Unternehmer, der sich um die Bezahlung eines vertraglich festgelegten Stundenlohns herumdrückt, zu schützen, die "Geschäftssphäre" herhalten. Wo in aller Welt gibt es denn neben einem gemeinsam vereinbarten und bestimmten abgegrenzten Vertragsgebiet noch eine befondere Geschäftssphäre der einzelnen Unternehmer? Doch jedenfalls nur da, wo man beobachtende Tarife zu umgehen beabsichtigt. Gesezt den Fall, in Leisnig würde ein höherer Stundenlohn als 37 Pf. gezahlt und ein auswärtiger Unternehmer würde im Leisniger Vertragsgebiet für niedrige Löhne Arbeiten ausführen, würde man da auch so schlanke reden? Ja, Bauer, da ist es ganz was anderes!

Jedenfalls werden unsere Kollegen dafür sorgen, daß solche Vertragsumgehungen nicht gelingen.

Gau Mannheim.

In **Waldkirch** sind den Unternehmern am 21. Juni Forderungen unterbreitet worden auf Einführung der zehnständigen Arbeitszeit, Befreiung der Tagelöhne, Zahlung eines Stundenlohns von 48 Pf. sowie Festlegung von Lohnzuschlägen für Überstunden; Nacht- und Sonntagsarbeit und Regelung der Kündigungssfrage. In einem Begleitschreiben wurden die Unternehmer gebeten, mit der Organisationsteilnahme zu verhandeln und sich bis zum 25. Juni dazu zu äußern. Pünktlich am genannten Tage lief die Antwort der Unternehmer ein, worin sie sich wider Erwarten außer stande erklärten, auf die gewünschten Verhandlungen einzugehen. Von eventuellen Verhandlungen erwarteten sie kein Wort. Dagegen sagten sie, daß ihr Vorgehen unter Zustimmung des Vorstandes bürgerlicher Arbeitsgeber geschehe. Sollte es später dennoch zum Abschluß eines Vertrages kommen, dann nur auf der Grundlage des Vertragstyps des deutschen Arbeitsgeberbundes. Anwesend haben die Herren in einer Reihe in die Bewegung eingegriffen, wie man das nur von einem brutalen Unternehmerin gewohnt war. Der Unternehmer **Jul. Bayer**, in Firma **Th. Bayer**, entließ am 26. Juni bei ihm befürchtigte norddeutsche Verbandskollegen, die er vorher gar nicht freundlich genug behandelt konnte. Es liegt durchdrücklich, daß sie die Streikheiter; obwohl die Kollegen erst frisch angereist waren, und die Bewegung gar nicht kannten. Das Verbrechen der Kollegen bestand darin, daß sie einige Propaganda für die Organisation gemacht hatten. Es ist selbstverständlich, daß sich durch die Maßregelung dieser Kollegen die friedliche Situation wesentlich verschärft hat. Eine stark bejubigte Versammlung am 27. Juni beschloß, den Schlag zu parieren und über das Geschäft Bayer die Spur zu verhängen. Wenn die Unternehmer nicht in letzter Minute noch einlenken, dann würde der Kampf unvermeidlich werden. Die Arbeiter haben das nicht gewollt. Bei der Firma **Bayer** kommen, einschließlich der Hüttenarbeiter, etwas über 100 Kollegen in Betracht. In **Waldkirch** insgesamt, das heißt in dem Lohngebiet, beträgt die Zahl der Maurer und Bauführerarbeiter zirka 300, davon sind gut zwei Drittel Italiener. Auf diese bauen die Unternehmer. Wir können ihnen verraten, daß ihre Hoffnung in diesem Falle zu schanden wird. Ob es den Unternehmern gelingt, durch Negationierung mit Wurf und Wier eine Anzahl deutscher Kollegen zum Verzittern an sich selbst zu machen, muß ebenfalls beweist werden, obwohl solche Elemente vorhanden sind. Wir hoffen jedoch, durch die Macht der Organisation dieses Beginnen der Unternehmer zu vereiteln und der Arbeiterchaft den Sieg zu sichern. Ein weiterer Hinweis spricht noch mit. Es steht fest, ob unter diesen Umständen die ausstehenden Verträge in **Freiburg** und **Lahr** abgeschlossen werden können.

Gau München.

In **Marienstein** führt gegenwärtig ein Unternehmer Namens **Reich** zwei Wohnbausiedlungen auf, die der dortigen Portlandzementfabrik gehören. Die Vorschriften betreffs Bauarbeiterzulassung schreiben aber den Unternehmer Reich unbekannt zu sein. Widerholt wurde von unseren Kollegen auf die geradezu haarschraubende Zuständigkeit aufmerksam gemacht, leider ohne Erfolg. Obwohl ein Bau bereits mauerfertig ist, ist seine Lage abgedeckt. Gerüstbauer sind, abgesehen von einigen Trümmerern, überhaupt nicht vorhanden. Ohne irgend eine Schutzwachtung fehlt die Leute auf dem Dachbalken unheimlich. Kein Abort, kein Unterkunftsraum, kein Duschwasser ist vorhanden. Am 25. Juni war der Arbeiter **Alois Dünkt** mit Steinbrüchen beschäftigt. Da nun auch für den Transport irgend eine Laufstrecke nicht vorhanden war, balancierte Dünkt mit 17 Steinen beladen, auf einem Balken entlang. Da verlor Dünkt das Gleichgewicht, trat auf den Felsboden und stürzte mit seiner Last zwei Stockwerke hinunter, wo er schwer verletzt liegt. Er wurde dann nach Legezellen in das Krankenhaus geschafft. Unsere Kollegen machen nun den Unternehmer auf seine Verantwortung aufmerksam, worauf in **Witt** geriet und fünf unserer Kollegen entließ. Der Unternehmer jeder Unterhandlung unzugänglich war, legten auch die weiteren Kollegen die Arbeit nieder. Über das Baugeschäft Reich ist nur die Sperre verhängt. Die Kollegen werden erfreut, den Zugang fernzuhalten. Als Beisitzer des Unternehmers Reich spielt sich bei dieser Gelegenheit der Kämmerer **Ostmann** auf, der unsere Kollegen durch sinnlose Weiberungen zu provozieren sucht und in seiner Dummeit die Baubesprechung als politische Versammlung bezeichnete. Die Arbeiterchaft von Marienstein wird sich den seinen Herrn wohl merken.

In **Barby** hat der Unternehmer **Müller** kapituliert und eine Vereinbarung unterzeichnet, die gegenüber dem bisherigen Verträge für unsere Kollegen manchen Vorteil enthält. Mit der Lohnherabsetzung war es also diesmal nichts, Herr Müller. Wenn die beiden anderen Unternehmer vernünftig sind, so werden sie mit der Unterzeichnung nicht so lange warten, bis Herr Müller jetzt die ganze Unzufriedenheit an sich gerissen hat.

Gau Nürnberg.

In **Schwabach** streiken die Zimmerer schon seit mehreren Wochen. Beim Maurermeister **Thäter** sollten unsere Kollegen helfen, was sie dem Kastellberberlage gemäß ablehnen. Es wurde ihnen darauf die Entlassung angedroht, sie kamen der Ausführung der Drohung aber zuvor und machten selbst Feierabend. Sie bemühten sich nun um andere Arbeit und wurden auch beim Maurermeister **Wenz** eingestellt, auf Weisung des Herrn Thäter aber wieder entlassen. In dem Geschäft von Thäter ging es ihnen ebenso. Sie haben nun die Schiedsgerichtskommission angerufen. Wir können unseren Kollegen den Vorwurf nicht erparren, daß sie nicht korrekt gehandelt haben. Sie liegen mit den Unternehmern im Vertragsgeschäft und hätten darum die Abrohung der Auskunftszeit des Thäter vor die Schiedsgerichtskommission bringen und im übrigen bei ihrer Weigerung, Zimmerarbeit zu verrichten, bekarren sollen. Mit der Arbeitsniederlegung haben sie sich ins Unrecht geetzt.

Fliesenleger.

Von dem Kampf im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird aus **Gelsenkirchen** berichtet, daß sich zwei Brüder Weber und mehrere zu einer "Genossenschaft" vereinigte schwere Arbeiter zu Streikberatern erniedrigt haben. Es wird ihnen politischer Schutz zu teilen, den sie sich auch gern gefallen lassen. Vor drei Wochen haben zwar einige Mit-

gleider der Genossenschaft die Erklärung abgegeben, daß keine Streikarbeit verübt werden sollte, aber hieran hat man sich nicht gefügert. Die Genossenschaft führt auch die Arbeiten im evangelischen Krankenhaus aus. Selbstverständlich hat die Krankenhausverwaltung diesen Arbeitswilligen Bier und Nahrungsmitel in Fällen zur Verfügung gestellt. Die Kosten zur Fertigstellung sollen den streikenden Kollegen von dem Gehalt abgezogen werden. Leider geben sich auch einige Maurer dazu her, den Friesenlegern in den Rücken zu fallen. So arbeitet auf der Zeche Ewald in Riesa (in den Koloniebauten) ein angeblich freiwillig organisierter Maurer Franz Gagemeier, und bei dem Unternehmer Pinnkamp ein Polier Buden als Streikbrecher. Die schwarzen Lizenzen des Unternehmers können die Kollegen nicht schrecken. Sie enthalten übrigens manche Namen, deren Träger sich heute als brave Unternehmertreue abnützen und enthalten manche von Kollegen nicht, die in der Bewegung ihren Mann stehen. Besonders geschieht ist man also nicht dabei verfahren.

Drohne bleibt diese Tafelche als ein Denkmal schrankenlosen Unternehmerterrorismus befehlen, denn bisher war es wohl noch nicht so, daß man die Namen von rund 400 streikenden Arbeitern in einem öffentlichen Blatte (der Arbeitszeitung) des "famosen Schmiedebaus" in Beruf erläutert. Man will diese Kollegen sogar von den Maurerarbeiten ausschließen. Über diesen Terrorismus hört man keine Entschuldigung, noch weniger von einem Eintrittschein des Staatsanwalts.

In Duisburg spielt die Polizei eine eigenartige Rolle. Zur Anfangs der Bewegung wurde sie lediglich unparteiisch. Aber falls haben einflußreiche Leute remontiert, und nun macht sie derartig in "Streikbrecherschule", daß sie sich vor keiner anderen Polizei mehr zu verstecken braucht. In einem Neubau an der Prinzessstraße arbeitet der Kolonialwarenhändler Wilhelm Dünkerbeck (er wohnt am Delphus) als Streikbrecher. Hündert schon jeder Streikbrecher lämpig, so weiß man nicht, wie man diesen Menschen Handlungsspielraum nennen soll. Not, treibt den Dünkerbeck sicher nicht zu seiner edlen Tat. Natürlich ist Dr. ein "frontner" Mann, er ist im Nebenamt Hauptmann im Schloss-Schützenverein. Man versuchte den Menschen aufzulauern; aber vergebens. Nun hatte ein Arbeiter in dem betreffenden Bau geschäftlich zu tun. Kaum hatte er den Bau betreten, als ihm ein Mann anbrüllte, er solle den Bau verlassen, sonst würden ihm die Fäusten entzweigefangen. Darauf stürzte sich der Mann auf ihn und bearbeitete seinen Rücken mit Faustschlägen, obwohl der Arbeiter den Bau verließ. Und wer war dieser Mann? Ein Kriminalfachmann mit der Dienstnummer 801! Sie haben wohl langsam's Warmer im Leibe gehabt! Schreie er dem Arbeiter an. War der Mann ein Eulenburg, oder wollte er dem Arbeiter einen Gruß von der Polizei arglose Leute, wenn sie zum Schutz der "nützlichen Elemente" kommandiert wird. Aber an dem Ausgang des Kampfes kam sie damit auch nichts Änderen.

Von Cöln wird geschrieben: Nachdem die hiesigen Plattenleger am 27. Mai wegen der bestehenden Verblechleiterungen in den Arbeitskredit eingetragen waren, beschloß die Organisation der Unternehmer, den Sohn für den 28., 25. und 26. Mai, der am 29. Mai fällig war, den Legern vorzuhalten. Die Folge davon war, daß mehrere Kollegen verschiedene Firmen am hiesigen Gewerbegericht um den rechtzeitig verhängten Verlust verklagten. Am 4. Juni fand die Handlung statt. Drei der Kläger, und zwar die, die im Termin an erster Stelle standen, wurden mit ihrer Klage abgewiesen. Sie hatten nämlich die Arbeiten in der Tiefbörnerdichtungsanstalt auf der Gründlage des alten Tarifs am 23. Mai beklagt. Am 25. Mai wurde aber der Organisation ein Schreiben, datiert vom 23. Mai, von der Unternehmerorganisation zugegangen, wonit ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß vom 25. Mai d. J. an die von ihr aufgestellte Arbeitsordnung und der neue Arbeitsvertrag auf sämtlichen Arbeitsplätzen, wogegen auch die Cölns Arbeitsplätze gehörten, in Kraft trete. Nun war im Jahre 1906 schriftlich vereinbart worden, daß im Jahre 1908 ein Vertrag zu stande kommen dürfe, der die Arbeiter ungünstiger stelle als der Vertrag, der am 1. Mai dieses Jahres abließ. Da das auch von den Befragten durch Unterschrift bestätigt worden war, glaubten die Kläger berechtigt zu sein, nachdem obige Zusammensetzung an sie gestellt wurden, die Arbeit niederaulegen. In dem Urteil des königlichen Gewerbegerichts vom 4. Juni, das uns jetzt schriftlich vorliegt, heißt es, daß die Kläger oder die Vertreter der Geschäftsführer bei dem Vorsteheren der hiesigen Unternehmerorganisation nicht angefragt hatten, ob die Befragungen vom 25. Mai auch für die bereits angefangenen Arbeiten gelten sollten. Herga! glaubten die Kollegen um so weniger Berechtigung zu haben, als aus der Mitteilung der Unternehmer vom 25. Mai klar und deutlich hervorging, daß auf allen Arbeitsplätzen die von ihnen aufgestellten Befragungen in Kraft treten sollten. Bestätigt in ihrem Vorgericht wurden aber die Kollegen noch dadurch, daß der Vorsteher des Arbeitgeberverbandes für das Platten gewerbe, Herr Marchant, am 19. Mai, nachdem die Verhandlungen in Eisen geführte waren, erklärte: "Mein Herren, wir arbeiten jetzt ohne Vertrag." Wenn es ferner in dem Urteil heißt, daß die Arbeiter den § 18 des alten Tarifvertrages, der zur Schlüttung von Streitigkeiten eine Kommission vorlässt, nicht berücksichtigt hatten, so durfte es wohl klar sein, daß nach den oben geschilberten Tatsachen von den Befragungen des alten Tarifes seine Rechte mehr sein konnte. Wenn nun die bisher angeführten Gründe nicht stichhaltig genug waren, so hätte es aber zur Verurteilung der Befragten kommen müssen, als die Kläger noch ferner feststellten, daß, wenn sie gewuft hätten, daß das Schriftstück, das im Jahre 1906 auf Treu und Glauben zwischen beiden Parteien zu stande gekommen ist, durch die Firma gebrochen werden würde, sie sich in dem Vertrage Befreiungen vorbehalten hätten, wonach sie zu jeder Zeit berechtigt gewesen wären, die Arbeit einzustellen. Über diesen Punkt sagt das Gewerbegerichtsurteil sehr wenig, obwohl es nach Lage der Verhältnisse mehr in den Vorberaubt gesezt werden mußte. Unbedingt hätte das Gewerbegericht bei genauer Prüfung der Schlüttung zur Verurteilung der Befragten kommen müssen. Deswegen können wir den Schiedsspruch des Gewerbegerichts nur als einen Fehlsspruch bezeichnen. Die übrigen 25 Klagen sind, nachdem sich beide Parteien darüber verständigt hatten, verlegt worden.

Aus Schweden.

Nach Meldungen der Tageszeitungen ist die angebrachte Ausperrung in Mittel- und Südschweden bereits erfolgt. Es sollen 10 000 Bauarbeiter davon betroffen sein.

Berichtigung. In der vorigen Nummer waren die Orte Neuburg a. d. D. und Pfarrkirchen unter den Gau Leipzig vermerkt. Beides sind gut bairische Orte und gehören zum Gau München.

Gekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Sterbeheld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezägt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

- das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstiftung auszuzahlen ist.

Unterstiftungs-Anträge wurden in der Zeit vom 22. bis 27. Juni für folgende Mitglieder erteilt:

Herrn. Bahrbock-Hamburg (Franz), 29 323; Aug. Wenzel-Hamburg, 26 717; Jof. Paulsen-Hannover, 72 582; St. Kawrocks-Bonen, 364 276; G. Böllmer-Schöningen (Franz), 99 566; Louis Friedrich-Ödenburg i. Gr., 187 268; Dr. Saft-Neichenberg i. Sch., 291 881; Herm. Ulrich-Schöningen (Franz), 194 391; Wihl. Kieser-Mannheim, 261 900; Herm. Bemmer-Dortmund, 176 419; A. G. Bauer-Dresden, 162 246; G. Schernewski-Berlin, 6146; G. Endres-Nürnberg, 112 061; W. Albinus-Glauchau (Franz), 216 397; G. Hildebrandt-Erfurt, 67 295; Karl Richter-Chemnitz, 391 208; Ernst Sieb-Döbeln (Franz), 210 226; G. Kuppler-Thorn, 181 265; G. Stiesselsdorf-Lübben, 84 526; Heinr. - Frankfurt a. M., 186 448; Fra. Triest-München, 240 256; Frs. Schwarz-München, 228 384; Dr. Kretsch-Görlitz i. Schel., 224 659; G. Becker-Beueln (Franz), 145 827; Jac. Groß-Karlsruhe 222921; Heinr. Thielefeld-Braunschweig, 12 526; G. Schmidtschmid-Gelsenkirchen, 71 027; G. Schadendorf-Spandau, 101 647; Herd. Wettber-Halle, 25 552; Herm. Böltel-Mulau, 117 202; Karl Klein-St. Johann, 69 896; Gust. Roed-Guben (Franz), 149 517.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köster, Hamburg 1, Besenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 15. bis 27. Juni 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Lübeck M. 800; Siegen 150, Möhre 150, Hohenstein-Ernstthal 100, Seebauern 100; Schwazebach 89,43; Kronach 4,10, Kalbsreuth 800, Neu-Ruppin 600, Flensburg 200, Gutenau, 200, Ronitz 100, Leutnantstorf 85, Barth 60, Waldburg i. Sch., 800, Herne 800, Chemnitz 800, Wörthheim 800, Straßburg i. Sch., 800, Heidelberg 600, Telle 320, Annaberg 235, Guben 209, Köslin 200, Lüdenau 69,300, Danzig 781,45, Bromberg 600, Odenburg 262,40, Wiesle 900, Süderbrarup 100, Gera 800, Schenewitz 200, Wilhelmshaven 200, Jethoe 160, Traunstein 150, Zitta 800, Werda 500, Kayna 200, Kremsen 80, Waldeinsiedel 300, Würzburg 300, Guntersdorf 280, Wittenberg 200, Gabitz 50, Golitz 400, Erfur 300, Bergedorf 150, Halle 800, Dösefau 450; Graudenz 400, Limbach 200, Landau 100, Lödöbau 5,31, St. Johann 800, Mülhausen i. Sch. 600, Rendsburg 232,11.

b) Für "Referentenführer".

Hagen M. 1,50; Weisenfördor. —,70; Gau Nürnberg 1,40.

c) Für Bauarbeiterkasse.

Hagen M. 1,50; Weisenfördor. —,70.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Verbandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingefüllt haben und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Sellmer-Hannover (5248), Bäfiero, Giacomo-Libenthal (80 500 K.), Herm. Höndke-Leipzig (9720 K.), Ernst Schulz-Königsberg i. Pr. (153 236), G. Schneider-Dölfersdorf (180 468), Wihl. Vogt-Berlin (200 203), Fr. Thomas-Niebla (218 032), Wihl. Böldemann-Kolberg (728 397), Aug. Kuhn-Laurahütte (345 850), Paul Becker-Cöln (308 564), Wihl. A. Lambert-Darmstadt (267 648), Wihl. Gläser-Stuttgart (390 386), Fr. Blaßot-Güdau (399 895), Fr. Fr. Huber-Freiburg i. Br. (412 826), Herd. Israel-Eberswalde (433 810), Constantin-Güppen-St. Johann (458 056), Wihl. Holtz-Bornem (487 279), Dr. Binnel-Mersef (1035 K.), Fr. Höndsch-Hamburg (29 773), Herm. Hennedt-Hannover (32 270), Adam Boieldieu-Bonen (43 726), Fr. Bülthuer-Berlin (149 736), Ernst Krastz-Weitemir (180 181), Karl Ritter-Drieg (381 034), Heinrich Künckel-Duisburg (421 809).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37b des Statuts vom Zweigverein Niemegk: Friedrich Grünthal (Werh.-Nr. 166 265), Paul Ernste (166 266), Otto Majlow (166 270), Friedrich Hauff (166 281), Herm. Bösch (166 283); Düben: Karl Gründ (288 992), Paul Helbel (288 993); Berlin (Büter): Johann Zendeck (880); Wihl. Oldenberg: Almanus Domning (108 240), Friedrich Frädrich (108 248), Karl Meier (108 276), Hermann Hämmerling (294 945); Mühlendorf: Bernhard Meyer (485 853), Emil Pilz (485 865), Curt Schüller (379 543), Eugen Wolf (442 024), Heinrich Simson aus Richtenstein (485 883); Fürstenwalde: Karl Schmidt (70 398); Nürnberg: Friedrich Benfer (168 650), Heinrich Künckel-Duisburg (421 809), Adolf Söller (98 669), Karl Dittrich (98 764).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Verträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht belgnt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Hagen i. W.: Rudolf Hellenkamp, geboren am 21. Januar 1887 zu Altona (Werh.-Nr. 201 836), Hugo Gentil, geboren am 20. Juli 1886 zu Berlin, Paul Zellnitz, geboren am 19. Juli 1886 zu Kunzendorf; Dortmund: Wihl. Oldenberg: Karl Semrau, geb. am 28. April 1877 zu Graudenz, Peter Bögen, geboren am 22. Februar 1886 zu

Müchenitz; Solingen-Öhligs: Leo Bierwagen, geboren am 25. Oktober 1888 zu Jordan (446 194); Gisela Junck: O. Freese, geb. am 7. April 1883 zu Straßburg (102 770).

Um Angabe ihrer Adressen werden ersucht vom Zweigverein Goslar a. d. D. und Pfarrkirchen unter den Gau Leipzig vermerkt. Beides sind gut bairische Orte und gehören zum Gau München.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Berichte.

(Bericht über wichtige Verfammlungsschlässe und sonstige Vorlesungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bekanntungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer verbindlich gemacht werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Berlin. Die Sektion der Gips- und Gementenbranche beschäftigte sich in einem am 24. Juni in den Arminihallen abgehaltenen Generalversammlung mit der Kündigung des am 30. September 1908 ablaufenden Tarifvertrages. Der Tarifvertrag wurde im Jahre 1906 mit dem Berliner Betonverein abgeschlossen; er läuft bis in Jahr weiter, wenn er nicht am 1. Juli von einer der vertragsschließenden Parteien gefündigt wird. Der Vorsteher, Kollege Haeze, unterbreitete der Versammlung den Beschluss der erweiterten Vorstandssitzung, den Kollegen zu empfehlen, den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Zur Begründung dieses Vorstags führte er aus, daß bei der schlechten Bauaufsicht und der wirtschaftlichen Kritik an einer Verbesserung des bestehenden Vertrages schwierig gedacht werden könnte. Unter diesen Umständen wäre es nicht ratsam, den Vertrag zu kündigen. Würde dem Vorstandslage des Vorstandes gemäß beschlossen, so würden wir dadurch befinden, daß wir den Frieden wollen. Sollte wider Erwartung die Organisation der Unternehmer den Vertrag kündigen, würden wir in einer späteren Versammlung dazu Stellung nehmen. In der ruhig und sachlich geführten Diskussion sprachen mit Ausnahme eines Kollegen alle Redner für den Kündigung des Vorstandes. Begegeben wurde, in der Diskussion, daß in der Gementenbranche der Sohn einer Aufzettung bedürfe, doch wäre es nicht zu empfehlen, bei der gegenwärtigen Konjunktur in eine Lohnherabsetzung einzutreten. Beschlossen wurde gegen sieben Stimmen, den Tarifvertrag nicht zu kündigen. Hierauf wurde vom Wahlkomitee befürwortet, daß als Delegierte zum zehnten Verbandsstage die Kollegen Grundmann und Haeze gewählt wurden. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zur Auffordarbeit", beantragte der Vorstand, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusehen und die Frage in den nächsten Gruppenversammlungen zu diskutieren. Der Vorstand wurde einstimmig angenommen. Am 16. Juni wurde für die Sektion der Gips- und Gementenbranche eine Bautenkontrolle vorgenommen. Das genaue Resultat dieser Kontrolle wird in den Gruppenversammlungen bekanntgegeben und dann im "Grundstein" veröffentlicht werden. Gestattet wurde, daß auf mehreren Bauten die Arbeitszeit ungebührlich verlängert wird; vornehmlich trifft dies auf die Gementenbranche zu. Zur Charakterisierung wurde der Bau Friedrichstraße (Postage) der Firma M. Gernitz & Co. angeführt. Auf diesem Bau und die Überstunden an der Tagesordnung, und trotzdem sich die Kollegen in mehreren Bauplatzammlungen gegen die Leistung von Überstunden erklärt haben, haben sie es fertig gebracht, täglich bis zu 15 Stunden zu arbeiten, zu einer Zeit, wo Hunderte von Kollegen wochenlang arbeitslos sind. Es ist geradeau unerhört, wenn die Kollegen sich sonst vergeßen und gegen ihre eigenen Verträge verstehen, indem sie fortgelebt die Arbeitszeit bis ins Unendliche verlängern. Die Versammlung nahm mit Entziffung Kenntnis von dem Verhalten der auf diesem Bau beschäftigten Kollegen und sprach die Erwartung aus, daß in der Zukunft jeder Kollege die im Vertrage festgesetzte Arbeitszeit einhält.

Die Bauten hielten am 24. Juni in den Arminihallen ihre Mitgliederversammlung ab. Zum dritten Punkt teilte der Sektionsleiter Schulte mit, daß für den Zweigverein zwölf Delegierte zum Verbandsstag zu wählen sind, wobei auf unsere Sektion entfallen. Dann wurde vom Stadtverordneten Genoss Böse ein Vortrag gehalten über "Kampf zwischen Kapital und Arbeit". Hierauf gab der Mann des Wahlkomitees, Kollege Richter, das Resultat der Delegiertenwahl bekannt. Es erhielten Richter 56, Lemke 56, Schulte 78, Schimanski 102 Stimmen. Genannt ist Schimanski. Es muß außerdem eine Stichwahl stattfinden zwischen Lemke und Schulte. Anschließend hieran teilte Schulte mit, daß das frühere Mitglied Robert Köppen-Gleimstr. 11 ein Restaurant hat und für den Verband der Baugelände die Geschäfte eines Streikvertragsagenten übernommen hat. Ferner machte der Vorstand den Vortrag, die nächste Mitgliederversammlung ausfallen zu lassen; es würden dafür am 15. Juli die Delegiertenversammlungen stattfinden. Das diesjährige Stiftungsfest findet am 8. August im "Brater", Kastanienallee statt.

Chemnitz. Am 16. und 23. Juni hielt der hiesige Zweigverein Mitgliederversammlungen ab. Die erste, die schlecht befand war, befaßte sich mit dem nächsten Verbandsstag in Hannover. Nachdem die Tagesordnung kurz besprochen und mehrere Anträge gestellt worden waren, wurde Kollege Neßler als Verbandsstagsdelegierter gewählt. In der zweiten Versammlung, die besser befand, wurde der Vortrag über Arbeitszeit. Dann wurde die Neuwahl des ersten Vorstehers vorgenommen und wurde, da der Kollege Bachmann, der bisherige Vorsteher des hiesigen Zweigvereins, in Breslau als Zweigvereins-

vorstehender und Angestellter gewählt worden war. An seiner Stelle wurde Kollege Emil Nekler gewählt. Am Schluß der Versammlung wurde dem Kollegen Nachman, der am 1. Juli seinen Posten in Breslau antritt, viel Glück gewünscht und ein Lebewohl nachgerufen.

Görlitz. Drei Generalversammlungen des Zweigvereins fanden in den letzten 14 Tagen statt. Eine am 14., die zweite am 18. und die dritte am 20. Juni. Die beiden ersten Versammlungen beschäftigten sich vornehmlich mit den Anträgen zum Verbandstage und der Delegiertenwahl. Zum § 19 c wurde beantragt, daß Mitglieder, die länger als eine Woche arbeitslos sind und dieses in der vom Zweigverein beschlossenen Weise melden, vom Beitrage befreit werden sollen. Ferner zum § 19 e, daß Mitglieder, die noch nicht französischunterstützungsberechtigt sind, im Krankheitsfalle vom Beitrage befreit sind. Zum § 29 b wurde beantragt, daß die Neuunterstützung nur in bar an die Kollegen ausbezahlt werden darf, jedoch sollen die Kollegen berücksichtigt werden, in den von den Organisationen geschaffenen Herbergen zu logieren. Der § 19 Abs. 2 des Streitreglements, der sich vornehmlich auf die Junggesellen bezieht, soll gestrichen werden. Unter „Allgemeines“ wurde beantragt, daß die Extrabeiträge bis zum 1. Dezember d. J. von allen Kollegen bezahlt sein müssen, während sie ihre Mitgliedschaft als erloschen zu betrachten ist. Man ging hierbei von der Schwäche aus, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Kollegen wohl Gelegenheit genug gehabt hätten, der Organisation geredet zu werden, man also keine Urfache mehr hätte, der Rauheit und Interesselosigkeit durch weitere Verzärtigung in dieser Frage noch Vorhuk zu leisten. Gleichfalls wurde hierbei zum Statut noch beantragt, und zwar zum § 19 Abs. 4, daß den ersten drei Instanzen des Verbandes das Recht zustehe, die Frage eines Extrabeitrages zu erwägen, jedoch soll die Beauftragung hierüber den Mitgliedern durch Abstimmung überlassen bleiben. Als Delegierte zum Verbandstage wurden die Kollegen Th. Herz und J. Karchbach gewählt. Die dritte Versammlung beschäftigte sich eigens mit dem Abwehrstreit der Plattenlegger, worin das rigorose Vorgehen der Plattenfirmen einer gebührenden Kritik unterzogen wurde. Außerdem wurde noch einmal die schriftliche Ehrenwort des hiesigen Unternehmers des Plattenherstellers vom Jahre 1906 und ihre gegenwärtige Handlungsweise beleuchtet und die Kollegen, namentlich im Maurerberufe, ermahnt, Solidarität zu üben und gegenwärtig keine Plattenarbeit zu verdirbeiten. Der Stand der Bewegung ist günstig, so daß Hoffnung vorhanden ist, daß nicht die Unternehmer, sondern die Arbeiter als Sieger aus diesen Kämpfen hervorgehen werden. Zum Schluß wurden dann noch die Maurer J. J. Stöber, Buch-Nr. 6101 und Alois Albenhoven, Buch-Nr. 308 888, wegen Streitbrücks bei den Plattenlegern aus dem Verbande ausgeschlossen.

Danzig. Eine überaus hohe Beteiligung wird den Arbeitern an dem Neubau des hiesigen Justizgebäudes durch den Polier Kalinowski zu teil. Dieser gute Mann, der vor einiger Zeit einen Kollegen, der etwas angestritten war, ohne jeden Anlaß und ohne jeden Wortmechel derart ins Gesicht schlug, daß er zu Boden taumelte, dazu kommende Passanten mit einem Neubolter bedrohte und dann noch das sonderbare Glück hatte, daß der Staatsanwalt es ablehnte, gegen ihn einzuschreiten, scheint sich hier in Deutschland arktanische Kulturmänner angewöhnen zu wollen. Ausdrücke wie „Lump“, „Gel“, „Schafstopf“ usw. waren die gewöhnlichen Umgangsformen. Hinzu kam, daß die Kollegen teilweise jede Woche $\frac{1}{2}$ Tag oder einen vollen Tag aussehen mußten, angeblich wegen Materialmangel. Nach Ansicht unserer Kollegen ist dieses jedoch nicht der richtige Grund; denn sie haben die Arbeit so fortgelegt, wie sie sie vor der Feierstätte verlassen haben. Es müssen also andere Gründe gewesen sein. Dieses wurde erst anders, als sich die Organisation der Sache annahm und Maßregeln traf, diesen Zustand zu beseitigen. Bei dieser Gelegenheit haben wir den christlichen Bezirksleiter Müller mal wieder von seiner „ehelichen“ Seite lernen gelernt. Als wir versuchten, zur Befreiung dieser Käferhofsbehandlung (die auch den dort arbeitenden Christlichen zu teil wurde) ein gemeinsames Vorgehen zu erzielen, und zu diesem Zwecke uns an Müller wendeten, schrieb er uns am borgeschlagenen Sitzungstage, abends 5 Uhr (um $5\frac{1}{2}$ Uhr sollte die Sitzung sein), er sei soeben von der Reise zurückgekommen und habe nicht eher antworten können, er sei aber, wenn die gemeinsame Sitzung noch stattfinden könnte, einverstanden. Abends teilten uns die Kollegen nun aber mit, daß Müller bereits mittags auf der Baustelle gewesen sei und die Sache mit Kalinowski in der Kantine besprochen habe. Also Müller war am Neubau des Justizgebäudes mit Kalinowski in die Kantine zu einem Gläse Bier vertrefft! Wie nett doch so ein christlicher Agitator reist! Trotz dieser christlichen Verkatererei ist die Behandlung doch besser geworden, bis vor einigen Tagen dem Kalinowski mal wieder einfiel, in das alte Stadium zurückzufallen. Er kam in recht aufgeregter Stimmung, gleich nach der Mittagspause, auf die Baustelle (man sage, sie hätten den Eindruck gehabt, er sei nicht ganz müchnig gewesen), prangte dort infolge irgend eines uns bekannten Vorganges einen Arbeiter derart, daß dieser eine Beitreibung im Keller lag und sich nicht bewegen konnte. Dann fragte er auf einen unserer Kollegen namens H. los und, ohne daß sich dieser hatte etwas zu schulden kommen lassen, wurde er entlassen. Kalinowski scheint schon verzogen zu haben, wie einem Familienvater zu Mute ist, wenn er bei einer schlechten Arbeitsperiode, ohne Ursache, rücksichtlos auf die Strafe gesetzt wird. Der prangende Arbeiter ist christlich organisiert, aber seinen Organisationsleitern ist es bis heute noch nicht eingefallen, für den Mann einzutreten. Nur gemach, Kalinowski, es kommen noch andere Seiten.

Freiberg i. S. Am 18. und 21. Juni tagten hier und in Colmnitz gut besuchte Maurerversammlungen, die sich unter anderem auch mit der Lohnfrage beschäftigten. Durch statistische Umfrage war festgestellt worden, daß der Durchschnittslohn hier in diesem Jahre rund 2 $\frac{1}{2}$ niedriger ist als im Jahre 1907. In Colmnitz ist das Verhältnis noch schlechter. Dort werden bei elfstündigem Arbeitszeit 82 bis 84 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gezahlt, während im benachbarten, eine halbe Stunde entfernten Dorfe Klingenberg, der tarifmäßige Lohn 42 $\frac{1}{2}$ beträgt. Die Kollegen be-

schlossen einstimmig, diesen elenden Verhältnissen ein Ende zu machen und endlich einmal gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Mit je einem aufläufigen Vertrag der Kollegen Neumann und Kramer aus Dresden über die Aufgaben des 10. Verbandstages endeten die Versammlungen.

Gleiwitz. Die Gleiwitzer Polizei kann sich noch immer nicht an das neue Vereinsgesetz gewöhnen und glaubt besonders, ihr im April d. J. erlassenes Verbot über unter Gewerkschaftshaus noch aufrecht erhalten zu können. Am 23. Juni tagte in dem genannten Lokale unsere Mitgliederversammlung, zu der auch Kollege Baude erschien war. Sie war nicht besonders gut besucht, weil sich die Kollegen sagten: Wozu ist hingehen? Die Polizei treibt uns doch gleich wieder hinaus. Wir hatten die Versammlung durch Handzettel bekannt gemacht, und dabei war auch einer der Polizei zugeflogen. Richtig war sie denn auch durch zwei Männer vertreten. Um sich nicht die Butter vom Brot nehmen zu lassen, leitete Kollege Baude die Versammlung selbst. Eben hatte er sie eröffnet, als die Polizei anfuhr wollte. Kollege Baude machte den beiden Leuten aber klar, daß ihre Macht jetzt eine Grenze gefunden habe. Sie hätten kein Recht, in eine gewerkschaftliche Versammlung zu kommen und das Totalverbot hierauch gar nicht angewendet werden. Die Beamten machten sich eifrig Notizen, aber die Versammlung tagte ruhig weiter. Nach dem Vortrage wurde die Delegiertenwahl vorgenommen, wobei Kollege Eiken gewählt wurde. Am 1. Juli läuft der Wettvortrag für unser Verbandungslolos ab, so daß wir dann wieder abholen sind.

Guben. (Verichtigung.) In dem Bericht aus Guben in der Nr. 24 des „Grundstein“ heißt es: „Zum Schluß stellte der Vorsitzende den Antrag, ihm eine Entschädigung zu gewähren, weil er nach Aufhebung der Ausserverung noch 14 Tage mit einem Kommissionsmitgliede die Arbeiten im Streitbüro vertrief habe; der Vorsitzende erhielt 30.“ Ich erläutre hierzu folgendes: Als obige Sache liegt mir heraus, daß zwei Kollegen die Arbeiten vertriefen haben, aber nur einer Geld dafür erhalten hat; dem ist aber nicht so. Ich hatte bereits bei meinem früheren Unternehmer Arbeit erhalten, trotzdem war mir der Auftrag vom Zweigverein zu stellen geworden, im Bureau zu bleiben, da sich täglich über 40 Kollegen als arbeitslos meldeten. Und deshalb ist mir die Summe von M 30 als Lohnverlust vom Zweigverein bewilligt worden; mein Kollege, der Kommissionsmitglied und noch arbeitslos war, hatte mir die Arbeiten im Bureau verrichten helfen, hat aber keinen Anspruch auf Entschädigung für diese Zeit, da er keinen Lohnverlust zu verzeichnen hatte.

Paukowad, Vorsitzender.

Hagen i. W. Die am 17. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung befaßte sich zunächst mit dem außerordentlichen Verbandstag und der Delegiertenwahl. Kollege Dege erhielt hierzu das einleitende Referat. Die Versammlung beschloß, dem Verbandstag fünf Anträge zu unterbreiten. Ein Antrag des Kollegen Schäfer auf Einführung der Arbeitslohnunterstützung wurde abgelehnt, nachdem der Vorsitzende und einige Kollegen dagegen gesprochen hatten. Der Kollege Honsdorf-Gebelsberg kann die Regelung der Gehaltsfrage der angestellten Kollegen immer noch nicht verschmerzen. Seine Ausführungen, die teilweise verlebend waren, wurden in gebührender Weise zurückgewiesen. Als Delegierter wurde Kollege Dege gewählt. Zum zweiten Punkt berichtete Kollege Dege über die Sitzung mit den Unternehmern, die am 16. Juni stattfand, und an welcher auch Kollege Kahl teilnahm. Da auf Grund des neuen Tarifvertrages noch mehrere Punkte durch öffliche Vereinbarung zwischen Unternehmer- und Arbeitseigentum geregelt werden müssten, wurden die Bemühungen schriftlich an den Arbeitgeberverband eingereicht. Außerdem noch bekannt gegeben, daß das Sommerfest am 12. Juli stattfindet und jeder Kollege verpflichtet ist, für zahlreichen Besuch zu agitieren, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Herne-Meddinghausen. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte hier am 21. Juni, die sich mit den Aufgaben des 10. Verbandstages beschäftigte. Kollege Bender führte aus, daß es unbedingt notwendig sei, die uns fernstehenden Kollegen aufzuführen, daß sie unserer Organisation beitreten, damit die Unternehmer sie nicht als Feindtrüger vertrüben können. Er wies dann auf die Entwicklung der Organisation hin und stellte fest, daß in ganz Deutschland mit wenigen Ausnahmen Tarife bestanden. Man müsse sich daran gewöhnen, daß mit der Zeit eine Tarifkommission eingesetzt werde, die die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln hätte, das Einführungrecht müßte jedoch den Kollegen vorbehalten bleiben. Ferner fand es der Referent für notwendig, zu betonen, daß die Organisation der Baufußarbeiter mit der unsferigen verschmolzen werden müsse. In der Diskussion entpuppte sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die Tarifkommission. Die Kollegen waren der Meinung, daß dem Verbandsvorstand nicht so viel Recht eingeräumt werden dürfe, damit wir nicht direkt geraten, wo die Buchdrucker sich schon befinden, wo man kein Recht hat mitzubereinigen oder mitzubestimmen. Als Delegierter zum 10. Verbandstage wurde Kollege Bender gewählt. Dann wurde den Kollegen dringend empfohlen, endlich einmal das Baudelegiertenwesen durchzuführen, für ihre Wirkstände auf den Bauten einzutreten und mitzuhelfen, an der Ausbildung ihrer Organisation. Nachdem der Vorsitzende noch darauf hinsah, und die Kollegen ermahnt, alles zu tun, was irgend in ihrer Macht stehe, wurde hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Mönchengladbach. Bevor wir zur Wahl des Delegiertenkamms, hatte eine große Anzahl Kollegen das Total verlassen, um in Herten bei der dort stattfindenden Kirmes die Beratungen weiter zu pflegen. Noch trauriger sieht es mit den Kollegen in Meddinghausen aus, zur Versammlung kommen sie nicht (es steht nur ein kleines Zimmer zur Verfügung). Zu einer Versammlung nach Barlau zu fahren, dazu haben sie kein Fahrgeld, aber nach Herten zur Kirmes zu fahren, dazu ist Geld vorhanden. Bei derartigen Verhältnissen kann unsere Organisation keine Fortschritte machen.

Reichenberg. Am 20. Juni tagte hier eine Mitgliederversammlung. Bei der Delegiertenwahl erhielt der Kollege Max Reinhardt in Buben 14 Stimmen. Die Sperrre über Baumann wurde aufrecht erhalten. Die Kollegen Otto Niebold, Godulla, Buchnummer 80 868, und Reinhard Wotfeld in Buben wurden aus dem Verbande ausgeschlossen. Die ausgeschlossenen konnten es nicht überwinden, bei Baumann die Arbeit einzustellen und bei einem anderen Meister anfangen. Dann wurden verschlebene Wirkstände auf den Bauten kritisiert. Es wurde beschlossen, für die Durchführung der Lohnförderung den Bimmer einzutreten. Der Lohn beträgt 37 $\frac{1}{2}$ pro Stunde; gefordert wird 2 Lohn der Maurer, 42 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Mit 15 gegen 2 Stimmen wurde dem Käfnerverein M 25 zur Besteitung von Projektien überwiesen. Die Kollegen Albert Göse und Karl Spieß wurden in den Bildungsausschuss gewählt.

Lüdenscheid. Sonntag, den 21. Juni, tagte eine außerordentliche Generalversammlung unseres Zweigvereins, um die Wahl des Delegierten zum Verbandstage zu vollziehen. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Kollege Schmidt auf den Bielefelderstreit aufmerksam und teilte mit, daß in Altena im Saalbau der Firma Selme zwei Streitbrecher (Gebrüder Schuster) arbeiten, die bis jetzt noch nicht zur Abreise bewegen werden konnten. Die Schwestern wurden eracht, die Bielefelder in ihrem Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen. Auch der mangelnde Bauarbeiterzuschuß in den Baustellen wurde einer scharfen Kritik unterzogen und mitgekämpft, daß auf Grund der vor genommenen Bautelefonkette Eingaben an die Behörden in Frage kommenden Orte gerichtet werden sollten, um einen Erfolg von Baupolizeiverordnungen herbeizuführen. Nachdem dann zwei Anträge zum Verbandstag gestellt waren, sprach der vom Zweigverein Witten aufgestellte Kandidat, Kollege Johann Peter, über: „Die Bedeutung des Besuches des Verbandstages“. Er gebärdete sich in seinen Ausführungen recht radikal, kritisierte scharf das Verhältnis des Verbandsvorstandes und der Lohnkommission bei Abschluß des diesjährigen Vertrages, versetzte den Beamten einige Fehltritte, protestierte gegen die Verletzung des demokratischen Prinzips und meinte, es müsse Sorge getragen werden, daß der diesjährige Verbandstag oppositioneller Zusammengesetzte würde als sein Vorgänger. Denn nach seiner Überzeugung würde der Verbandsvorstand diesmal noch mehr Rechte für sich fordern als er bereits habe. In der Diskussion trat Kollege Schmidt seinen Ausführungen entgegen und betonte, daß Kollege Peter nach dem bekannten Sprichwort: „Kritisierten usw.“ handle, aber dabei vorgehe, den Weg anzugeben, wie es bei der diesjährigen Lohnbewegung hätte besser gemacht werden können. Auch seine Verdächtigungen und Angriffe gegen den Verbandsvorstand völlig unbegründet; denn der Verbandsvorstand diente nicht daran, die Rechte der Mitglieder zu schwächen. Bei der Abstimmung erhielt Peter von 66 abgegebenen Stimmen 29. 32 Stimmen entfielen auf den Kollegen Schmidt. In „Gewerkschaftliches“ wurde u. a. die Wahl der Delegierten zur Bauarbeiterzuschußkommission vorgenommen und die Baustellenvorstände eracht, die Wahl in ihren Orten ebenfalls zu veranlassen.

Muskau. Die hiesige Zweigverein hielte am 20. Juni seine übliche Versammlung ab. Es wurde zuerst die Wahl eines Gaudelegierten vorgenommen. Kollege Max Hörr aus Görlitz wurde vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Alsdann wurde vom Vorstand beantragt, für den frantzen Kollegen Alois Werner den Beitrag aus der Totalfazie zu zahlen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Einbeifend waren in der Versammlung von 80 Kollegen 27. Es ist traurig, daß die Kollegen die Versammlungen so schlecht besuchen. Wobin soll das führen? In der nächsten Versammlung soll über das bevorstehende Gewerkschaftstreffen gesprochen werden.

Ostrau. Am 19. d. M. tagte hier eine Maurerversammlung. Da es den hiesigen Kollegen noch nicht gelungen ist, ein festes Total zu gewinnen, so mußten sie sich diesmal mit einer Pribatwohnung aufzutreten. Kollege Koch referierte über die Verträge im Baugewerbe und die gegenwärtige Situation. Er forderte die Kollegen auf, in der Zeit der Krise nicht die mündliche Agitation zu unterlassen, wenn sie überhaupt gewillt seien, das Erfreie zu hochzuhalten. Gerade jetzt, wo die Situation im Baugewerbe faul ist, finde man sehr wenig Mitglieder, die Interesse für ihre eigene Sache hätten. Ferner erachtete Kollege Koch Bericht von der Gaulkongress, die im 26. April in Katowice tagte. Alsdann beschäftigte sich die Versammlung mit den Anträgen zum Verbandstag. Es wurde beschlossen: 1. § 19 a (Zusatz): Wo kein Lehrstuhl besteht, kann eine Ausnahme gemacht werden, und für die jüngeren Mitglieder eine andere Beitragsklasse eingerichtet werden. 2. § 26. Erwerbsunfähigen Mitgliedern werden während der Krankheit Beitragsmarken unentgeltlich geliefert, soweit sie nicht unterstützungsberechtigt und nicht länger als neun Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind. 3. § 32. Das ärztliche Attest soll durch eine Bescheinigung des Zweigvereins ersetzt werden, ob der Käfnerfazie bezahlt werden. 4. § 32. Daß die Krankenunterstützung vom ersten Tage an zu zahlen ist. — Ferner wurde die Wahl des Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Kollege Koch wurde gewählt. Kocherer Apostel führte Beschwerde über die Nebenfazie, daß sie gar nicht die Bildet nachziehen und ihres Amtes nicht warten. Kollege Wiezorek gab ein Bild über das neue Vereinsgesetz und die Bedeutung des Wahlbereins. Er forderte die Kollegen auf, sich auch dem Wahlberein anzuschließen, da jetzt nach dem neuen Vereinsgesetz die Mitglieder gar nicht anmelden sein brauchen und es den Mitgliedern ganz gut möglich sei, sich auch politisch zu organisieren. Ferner forderte er die Kollegen auf, die Arbeitseigentümer, die „Wolfswacht“, und nicht die Käfblätter zu lesen. Wiezorek machte die Kollegen noch besonders aufmerksam auf den im vergangenen Jahre beschlossenen Befolkt über den Gastwirt Kleiner. Er forderte die Kollegen auf, dem Befolkt mehr Wert beizulegen, wenn wir ihn durchführen wollen. Hierauf wurde die von 45 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Regensburg. Wie in vielen Orten das Baugewerbe steht, so auch in Regensburg. Die Folgen der wirtschaftlichen Krise treten hier besonders hervor. Hier herrscht

eine Art Arbeitslosigkeit, wie vor sie seit Jahren nicht zu verzeichnen hatten. Vielen unferer Berufskollegen sind noch vom vorigen Herbst her arbeitslos; ein Teil ist gezwungen, in anderen Berufen Beschäftigung zu suchen oder abzureisen. Aber wohin? Das Unangenehme in dieser Situation ist der starke Zugang von auswärts. In verschiedenen Orten scheint man zu glauben, weil in Regensburg eine Kaserne gebaut wird, müssen auch Arbeitskräfte festen. Die Unternehmer stellen mit Vorliebe fremde Kollegen ein, um die einheimischen ihrer Macht führen zu lassen. Um nun den Regensburger Kollegen den Kampf ums Dasein nicht noch mehr zu erschweren, bitten wir, den Zugang nach Regensburg unter allen Umständen fern zu halten.

Schleswig. Dienstag, 16. Juni, tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung, die sich mit dem diesjährigen Verbandstage beschäftigte. Von mehreren Kollegen wurde gewünscht, einen Delegiertenkandidaten aufzustellen, dieser in der am Freitag, den 26. d. M. stattfindenden Extraoberversammlung zu wählen und zu gleicher Zeit Anträge zum Verbandstage zu stellen. Weiter wurde die Arbeitsgelegenheit am hiesigen Orte besprochen. Unter anderem wurde angeführt, daß es zur Zeit mit der Arbeit schlecht bestellt sei, indem schon mehrere hiesige Gesellen den Ort verlassen müssten, um anderweitig Arbeit zu finden. Es sei aber auch bemerkt, daß inzwischen zugereiste Maurer hier eingestellt wurden. Sollte hier auch wohl der Streit vom vergangenen Jahre noch eine Rolle mit spielen? Es wurden dann noch mehrere innere Angelegenheiten geregelt. Gewünscht wurde auch, daß die Versammlungen besser besucht werden möchten.

Fliesenleger.

Berlin. Die Sektion hielt am 12. Juni im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die sich vor allem mit Misständen im Beruf sowie mit dem probositorisch eingeführten Aftordtarif beschäftigte, der offenbar zu keinerlei Besserung der Verhältnisse geführt hat. Neben dieser Angelegenheit war bereits am 2. Juni in einer Sitzung der Schlichtungskommissionstagsdelegierten beraten worden, von der folgende Resolution vorlag: "Die Vertreter der drei Fliesenlegerorganisationen und der Organisationen der Hüttsarbeiter sehen gegenwärtig kein dringendes Bedürfnis für vorliegend eine öffentliche Fliesenlegerversammlung für Berlin einzuberufen und dieser Verbesserungsverschläge zum jetzigen Zeit zum 1. Juli d. J. probositorisch eingeführten Aftordtarif zu unterbreiten oder zu empfehlen. Die Kommission betrachtet das Aftordsystem im Prinzip für unfreien Beruf als höchst schädlich und empfiehlt daher, in den Versammlungen überall die Gegenagitation zu entfalten. Des weiteren gilt als festgestellt, daß von den Gesellätern nicht am Aftordtarif, sondern vielmehr Subunternehmern die Ausführung der Arbeit übertragen wird, und sich unter diesen durch gegenseitiges Aufstellen der zu vergebenden Arbeiten eine Schmutzkonkurrenz entwölft hat, welche in unerhörter Weise die Preise drückt, und die Preisdrücke wieder auf die Fliesenleger wie Arbeiter begünstigt des herzustellenden Quantums unbelastet wirkt. Dieses System ist in allen Geschäften zu beobachten. Es wird daher den einzelnen Organisationen anempfohlen, Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, diesen unerhörten und ungemein schädlichen Kreisen entschlossen entgegen zu treten und Abhüfe zu schaffen." Dazu wurde aus der Versammlung folgender Zuhaiantrag gestellt: "Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Misständen bei den Firmen Rosenfeld, Ende und Pief. Die Verhandlung erkennt in den Nachvoraussetzungen der genannten Firmen einen Vertragsbruch und verlangt aus diesen Gründen, daß beim Gewerbege richt die Revision des Tarifes zu beantragen sei." Resolution und Antrag wurden einstimmig angenommen. Hierauf wurden Vorschläge zu einem Verbandsdelegierten gemacht. Die meisten Stimmen erhielt Waldheim, der damit als Kandidat zu den Delegiertenwahlen aufgestellt ist. Es folgte die Vertrags einer Anträge zum Verbands tag. Außerdem machte der Vorstand auf die Bewegung der Fliesenleger in Rheinland-Westfalen aufmerksam.

Holzleger und Steinholzleger.

Berlin. Am 24. Juni hielten die hiesigen Steinholzleger bei Hause, Dragonerstr. 18, eine Verhandlung ab, wo über den Verlauf der letzten Konferenz berichtet wurde. Verschiedene Kollegen sprachen sich ganz entschieden gegen einen Zusammenschluß der beiden Branchen zu einer Sektion des Zentralverbandes der Maurer aus, da sie es für verfrüht hielten und dadurch die noch junge Organisation der Steinholzleger wiederum zerstört werden könnte. Das es mit der Zeit zu einer Verschmelzung der beiden Branchen kommen müsse, erkannten auch sie an, aber unter den jetzigen Verhältnissen halten sie es noch nicht für ratsam, sondern empfehlen den Fortbestand der selbstständigen Organisation und den Aufschluß an die Generalkommission. Nachdem der Vorstand, Kollege Lange, einige der vorgebrachten Bedenken gegen die Verschmelzung als nicht ganz stichlich bezeichnet hatte, wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Verhandlung mit der Haltung der Delegierten einverstanden erklärte. Der Antrag betraf Aufschluß an den Zentralverband der Maurer wurde angenommen, jedoch wurde auch hier, wie bei den Holzlefern, die leidenschaftliche Dreiheit-Majorität noch nicht erreicht. Dann erfasste der Obmann der Lohnkommission einen ausschließlichen Bericht und legte der Versammlung einen neu ausgearbeiteten Sozialtarif vor, der nach einigen Abänderungen angenommen wurde. Es wurde jedoch beschlossen, den alten Tarif vorerst noch nicht zu kündigen, sondern es soll erst abgesondert werden, wie der Tarif der Unternehmer beschaffen wird, den sie uns zugehen lassen wollen. Der Vorstand ergab sodann noch das Wort und forderte die Einwendungen auf, überall für die Organisation zu agitieren, damit wir jedem Angriff der Unternehmer wichsam begegnen können.

Zehnjähriges Bestehen des "L'Operaio Italiano".

Bis vor zehn Jahren war Italiener gleichbedeutend mit Streitbrecher. Nicht, daß alle Italiener wirklich Streitbrecher gewesen wären; aber die Tatsache, daß sie sich ausnahmslos der Organisation fern hielten, und die Gewohnheit, die meisten Streitbewegungen durch die Einwanderung italienischer Arbeitswilligen gefährdet zu sehen, hatte diese Meinung beim deutschen

Arbeiter so einwurzeln lassen, daß sie heute noch in manchen Orten nicht ganz verschwunden ist.

Es sollten nun Mittel und Wege gefunden werden, um diesen Nebelstand zu beseitigen; denn die Lage war, immer schwieriger und gefährlicher.

Da kam der Zentralverband der Maurer Deutschlands auf die Idee eine regt Agitation unter den Italienern einzuleiten; die Generalkommission der Gewerkschaften stimmte dieser Ansicht zu, und so wurde der "L'Operaio Italiano" gegründet. Am 18. Juni 1898 zum ersten Male erschien. Als Redakteur des Blattes wurde der Genosse Oskar Wolff, ein Kaufmann, der in Berlin wohnte und sich längere Zeit in Italien aufgehalten hatte, gewählt. Im Januar 1899 legte Genosse Wolff, da er zwecks weiterer Studien in das Ausland gehen wollte, die Redaktion nieder. An seine Stelle trat Giovanni Balzari, ein Schweizer, der sich den größten Teil seines Lebens in Italien aufgehalten hatte. Balzari war Lehrer der Mathematik in Livorno und mußte während der Unruhen 1898 aus Italien fliehen.

Im September 1900 wurde Balzari von der Polizeibehörde ohne irgend einen Grund ausgewiesen. Er nahm dann in Süddeutschland und später in Südbayern Aufenthalt und führte die Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin nach diesem Orte mit über. Balzari machte von 1899 bis 1907 die Redaktionssarbeiten und durfte das Blatt nicht zeichnen, um sich nicht einer erneuter Ausweisung aus einem anderen Bundesstaate Deutschlands auszusetzen.

Das Blatt erschien alle 14 Tage und in den Wintermonaten 1898 alle drei Wochen. Die Auflage betrug im Winter 1898: 1200, im Sommer 3000 Exemplare; 1900: im Winter 1700, im Sommer 4400; 1904: im Winter 2100, im Sommer 4900. Von 1. Januar 1906 an erschien das Blatt wöchentlich; die Auflage betrug im Sommer 1906: 12 800, 1907: 15 800.

Das Resultat des Experimentes war, wie die stetig steigende Auflage beweist, durchaus befriedigend. Die rege Agitation des Blattes, verbunden mit der mündlichen Propaganda, die die italienischen Genossen im Winter in ihrer Heimat trieben, das unerhörliche Brandmarken des Streitbrechertums verschafften die Wirkungen nicht, und heute kann man mit Stolz konstatieren, daß ein erheblicher Teil unserer Italienerkollegen sich an der Organisation angeschlossen hat und tapfer an unserer Seite kämpft.

Freilich, italienische Streitbrecher gibt es noch, so wie es

noch deutsche, französische und Streitbrecher aller Nationen gibt; aber dieser Bodenlosigkeit der Menschheit wird immer vorhanden sein und immer schwächer wirken, solange nämlich — gestreift wird.

"Damit aber — schreibt das Blatt in seinem Jubiläumsartikel — soll man nicht glauben, daß alles in bester Ordnung ist. Die Massen der Indifferenzen ist noch groß; riesig ist die Zahl der Leute, die zwar keine direkte Streitbrecher sind, aber dennoch nicht weniger schädlich wirken, weil sie nicht organisiert und stets bereit sind, unter denartlichen Bedingungen zu arbeiten. Und unsere Aufgabe ist jetzt, diese Leute aufzulösen. Wir müssen ihnen destruktiv machen, daß es eine Freiheit ist, die kämpfenden Brüder im Stich zu lassen und sich zu verstecken, und nach beendeten Kämpfen auf das Schlachtfeld zurückzukehren und die Vorteile des Sieges mitzugeben. Das Jubiläumsprogramm faßt sich daher in wenigen Worten zusammen: Weiterstreiten auf dem bisher verfolgten Wege, Erziehung und Organisation der Arbeiter, Verteidigung der Arbeiter gegen Zwischenmeister, Unternehmer und Behörden, Kampf gegen das Laster im allgemeinen, besonders aber gegen den Alkoholismus, das Hasardspiel und die Gewalttattheit."

Wir Maurer wissen, was uns das Blatt gewesen ist und noch ist. Es hat sehr segensreich für die Arbeiterbewegung gewirkt und sich ständig nach oben und vorwärts entwickelt. Es hat manchen italienischen Arbeiter den Weg zur Organisation, zu brüderlicher Solidarität gewiesen, und der Tag seines zehnjährigen Bestehens mag uns ein Ansporn sein, uns der Organisierung der italienischen Arbeiter mit erneutem Eifer zu zuwenden.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 21. bis 27. Juni sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Reinhardtsdorf ab 300, Groß-Büschfelde 200, Leipzig-Reudnitz 200, Mariendorf 200, Udermühle 200, Gransee 150, Wald-Michelbach 150, Hirschstein 100, Königstein i. Taunus 100, Mölln i. S. 100, Wittenau 100, Zwenau 80, Summe M. 1860.

Zulieferers erhalten: Annaburg A. 250, Stuttgart 200, Nürnberg 170, Schweinsweller 160, Bielefeld 150, Rudolstadt 150, Faulkau 120, Gehrung 100, Coburg 100, Coburg 80, Bartholomä 80, Leubnitz 80, Leubnitz 50, Mombach 50, Niederbreisig a. Rh. 16, Summe M. 1675.

Altötting, den 27. Juni 1908.

F. Kläden, zweiter Hauptkassierer, Wilhelmstr. 87.

Stierkasse, "Grundstein zur Einigkeit".

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Biff. 1 al. a der Säugung sind folgende Mitglieder: Christian Thormann (2419), Eduard Schwedewalb (3527), Minna Schwedewalb (3791), Hedwig Krümmel (1843), Lina Günther (1843), Friz Alisch (2675), Gustav Küsel (3895), Helene Küsel (3896), Luise Küsel (3897), Georg Küsel (3898), Hedwig Teubert (3458).

Der Vorstand.

S. A.: W. Thiemar, Vorstand. (In der vorigen Nummer tatsächlich unter Kraulen kasse veröffentlicht.)

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterstötzt wie, von Unfällen, Bauelinstanzen, überhaupt von allen wichtigen Vorortgemeinden auf den Bauten stets einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Antonienhütte. Auf dem Neubau der katholischen Kirche ereignete sich am 28. Juni ein trauriger Unfall, der für die Bauweise in Oberösterreich typisch ist. In den Mittag des

Schiffes hatte man ein hohes Gerüst aufgesetzt, auf dem zwei Elektromotoren das Baumaterial hinaufzogen. Der Möbel wurde in einem eisernen Kasten befordert, der beladen wohl drei bis vier Zentner schwer war. Dieser Kasten entbrannte aber nun jeder Zeitung. Er baumelte frei hin und her, und darunter stand der Möbelkasten. Am 28. Juni arbeitete man wieder so. Dabei hakte sich der Kasten an einem Gerüstbaum fest, der Motor (von ungeübten Leuten, gelegentlich auch von Bevölkerung) zog weiter, und schließlich riß die Befestigung des Motors und, von dem schweren Kasten hinuntergezogen, rißte beides, Motor und Kasten, auf die unten hantierenden Arbeiter. Der Arbeiter Preßlob auf dem Kreislebischütz wurde so schwer getroffen, daß er noch auf dem Wege nach dem Krankenhaus starb. Die Bauleiter fragten die Schule an diesem Unfall, denn sie hätten als praktisch erfahrene Männer wissen müssen, daß man so keine Aufzüge baut und bedient. Und so etwas passiert an einem Kirchenbau, wo man nachher für das Seelenheil sorgt. Man hätte sicher auch darauf achten sollen, daß der Arbeiter ihre gesunden Arme beibehalten. Aber davon will man anscheinend nichts wissen, denn dem Zweigvereinsvorstand verbot man stets die Baustelle, wenn er einmal nach dem rechten sehen wollte.

Brüssel. Am 20. Juni stürzte auf dem vom Unternehmer über ausgeführten Neubau am Museumsplatz ein Pfeiler des vier Stockwerks ein und riß den daran arbeitenden Kollegen Reißig aus Stanowitz mit hinab, der durch die herabfallenden Maurersteine sehr schwere Verletzungen erlitt. Man wollte dort einen Träger einziehen und hatte deswegen eine größere Öffnung in den Pfeiler gekennzeichnet, der das noch frische Mauerwerk des Hallss berührte. Zwei unter arbeitende Leute wurden gleichfalls erheblich verletzt. Nur ein unerhorter Leichtfertig kam den Unfall verschuldet haben. Hoffentlich steht man nach die Geschichte noch einmal recht genau an.

Großbritannien. Wegen Überlastung mit Steinen brach das Gerüst am Schulneubau in Göttingen zusammen. Der Polizei hörte nicht auf die Warnungen der Kollegen, als sie meinten, es sei nun genug last oben; er ließ noch immer weiter hinaufschaffen. Schließlich brach die Geschichte zusammen und der kluge Herr Polizei lag arg zerschlagen unter den Trümmern. Leider hat auch ein Kollege den Leichtfertig oder die Dummheit des Polizisten mitbüßen müssen, indem er Rippenbrüche und innere Verletzungen erlitt. Ein dritter blieb auf einem Balken hängen und kam ohne schwere Verletzungen davon.

Danzig. Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 8 Uhr, stürzte auf einem Neubau in der Altholzstraße, Unternehmer Bauernmeister Reichenberg, der obere Teil eines Brandgiebels ab. Der Brandgiebel wurde abgestemmt, weil durch den Neubau der neue Brandgiebel an die Stelle des alten treten sollte. Unstet nun aber erst einen Teil der Arbeit auszuführen, wurde der alte Giebel in seiner ganzen Länge des Hallss beraubt und das Unglück war da. Die herauftürmenden Steinmassen durchschlugen einen Balken und die Kellerdecke. Es erlitten die Verantwortlichen schwer Verletzungen. Temp. Gehirnerkrankung und schwere Kopfverletzung, und Bern. Schwieles rechten Unterarmbruch. Die Kollegen David Glaser und J. Grabowski kamen mit leichteren Verletzungen davon. Der Unfall ist wie gewöhnlich darauf zurückzuführen, daß auch auf diesem Bau die Leibarbeit groß war. Arbeitseleben ist ja auch wohltätig. Den Unternehmer profitiert darin keiner Weise Einbuße erleidet. Zu bemerken ist noch, daß der Unternehmer derselbe ist, der vor Kurzem zu einem Kollegen, der in der Mittagsstunde Einladungssitzel zur Bauteileversammlung auf diesem Bau an die Kollegen verteilt, dabei aber den Unternehmer nicht in aller Form um Erlaubnis zum Betreten des Baues gefragt hatte, im Wortwechsel die Worte legte: "Ordnung regiert die Welt, der Knüppel die Menschen." Auf diesem Bau auch wohl alles in Ordnung war ??

Siegeln. Am 28. Juni ereignete sich an den Koloniebauten am Vogelsberg im benachbarten Weiden ein schweres Unglück. Der Unternehmer Gödtsch aus Kamen i. Br. hat zum Transport des Baumaterials eine Seilbahn in Betrieb. Am 28. Juni zerbrach das Seil mit der Maschine verbindende Ring, die Maschine kam ins Rollen und sauste mit furchtbarem Gestalt an den Prellboden. Maschine und Heizer wurden schwer verletzt, ins Krankenhaus gebracht. Der Heizer, der viele Dienstungen erlitten hatte und am ganzen Oberkörper schwer verbrüht war, in seinen Verletzungen bereits erlegen.

* Ein äußerst leichtfertiger Bauteilenehmer ist der Sommer aus Schifferstadt, der sich täglich gemeinsam mit dem Lager Iwanag Hüttenmayer aus Schifferstadt wegen fahrlässiger Rüstung vor der Strafammer Frankenthal zu verantworten hatte. Der Tatbestand ist folgender. Am 30. und 31. März 1908 ließ Sommer auf dem ihm gehörigen Bauplatz in der Magistrasse zu Schifferstadt von dem Maurer Peter Neff zwei Brunnenschäfte ausheben, da er dort zwei Wohnhäuser erwerben wollte. Am 31. März wurde auch der Eisenbahnfreitrepenter Hüttenmayer zu Zeug gegen Neff auf diesem Bau an die Kollegen verteilt, dabei aber den Unternehmer nicht in aller Form um Erlaubnis zum Betreten des Baues gefragt hatte, im Wortwechsel die Worte legte: "Ordnung regiert die Welt, der Knüppel die Menschen." Auf diesem Bau auch wohl alles in Ordnung war ??

Ein äußerst leichtfertiger Bauteilenehmer ist der Sommer aus Schifferstadt, der sich täglich gemeinsam mit dem Lager Iwanag Hüttenmayer aus Schifferstadt wegen fahrlässiger Rüstung vor der Strafammer Frankenthal zu verantworten hatte. Der Tatbestand ist folgender. Am 30. und 31. März 1908 ließ Sommer auf dem ihm gehörigen Bauplatz in der Magistrasse zu Schifferstadt von dem Maurer Peter Neff zwei Brunnenschäfte ausheben, da er dort zwei Wohnhäuser erwerben wollte. Am 31. März wurde auch der Eisenbahnfreitrepenter Hüttenmayer zu Zeug gegen Neff auf diesem Bau an die Kollegen verteilt, dabei aber den Unternehmer nicht in aller Form um Erlaubnis zum Betreten des Baues gefragt hatte. Sommer, der sich wiederholt wegen Überbelastung baupolizeilicher Befehlsdritten Strafen zugezogen hat, hatte auch bei diesen beiden Schachtbauten wiederum keinerlei Schutzvorkehrungen getroffen. Mit allerlei Ausreden fügt er sich heute herauszuwinden und behauptet in empörend ordinärer Weise, der 22jährige Mann habe gern den Job gefehlt und sich absichtlich erügeln lassen. Neff habe sich einer Frau gegenüber schon eine Woge außer geäußert, er sei lebensmüde. Er, Sommer, habe Neff wiederholt auffordern, er solle den Schacht verlassen, damit nichts passieren könne. Neff war erst im Herbst zur Reserve entlassen worden und galt als zuziger lebensmüder Mensch, der nichts weniger bedeutsig als, als sich totzögeln lassen. Schäfer vertritt das Verhalten des Sommers als leichtfertig und gefährlich. Bezeug und Sachverständiger Beiratssatz Dr. B. Hörmann aus Speyer befürwortet, daß Neff ein kräftig gebauter Mann gewesen sei und hauptsächlich neben anderen Verletzungen der des Schädelbruches erlegen sei; der Tod müsse sofort eingetreten sein. Staatsanwalt Buff brau-

fragte zum Schlus für Sommer 6 Wochen, für Fichtemauer 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte gegen Sommer auf 6 Wochen Gefängnis, gegen Fichtemayer auf 1 Tag Gefängnis. Beide sollen der bedingten Begnadigung empfohlen werden. Sechs Wochen Gefängnis für die Verhinderung eines Menschenlebens, und noch dazu der bedingten Begnadigung empfohlen werden. Das ist geradezu eine Prämie für diesen Unternehmer.

Polizei und Gerichte.

* Streitnachweisen in Erfurt. In Nr. 41 des „Grundstein“ vom 21. Oktober 1907 berichtete wir über einen Streitprozess in Erfurt, der das Ergebnis hatte, dass das Landgericht sich für ungültig erklärte und sechs Angeklagte wegen Auftrags vor das Schwurgericht berief. Der Schwurgerichtsprozess, über den wir in Nr. 5 vom 1. Februar d. J. berichteten, endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen. Gegen dieses Urteil legten die Verurteilten durch ihre Verteidiger Revision beim Reichsgericht ein, weil ihrer Meinung nach die prozessualischen Vorführungen in zwei Fällen von der erkennenden Zulage verletzt worden seien. Die Revision wurde am 18. Mai d. J. vor dem 8. Strafgericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Ohlhausen verhandelt. Das Gericht erkannte an Verurteilung des Rechtsfehlers. Es bleibt also bei den erkannten Strafen.

* Opfer der Streifjustiz. Vor dem Schöffengericht Erlangen hatten sich die Kollegen Dorn und Hörtel von Heroldsberg wegen Vergeltung gegen § 182 der Gewerbe-Ordnung zu verantworten. Dem Maurermeister Geist in Heroldsberg unterbreiteten dieselben einen Tarif, in dem nur die bisherige Arbeitszeit und der bisherige Lohn festgelegt werden sollten. Da Geist sich weigerte, den Tarif zu unterschreiben, legten die Kollegen die Arbeit auf einige Tage nieder. Der Maurer Braun von Grobachsdorf leistete Liebesdienste. Beim Mittagessen im Gutsbau redete ihn Dorn mit den Worten an: „Schmeids!“ Darauf sagte Braun: „Freisch, ein altes und ein neues Kleid hab ich.“ Dorn antwortete: „Kun ja, dann bringst du Doctor und Apotheke nimmer los.“ Der Arbeitswillige Braun fühlte sich durch diese Worte bedroht und hörte zu arbeiten auf. Der zweite Angeklagte Hörtel unterhielt sich mit seiner eigenen Frau über die Differenzen, ein dabei stehender Dienstbote will Drohungen über den Meister, den Schwager des Angeklagten, gehabt haben. Das Urteil lautete auf vier Wochen Gefängnis (11) für Dorn und auf Freispruch für Hörtel. Die Justiz arbeitet weiter an der Beleidigung und Verbreitung ihres Rufes.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist seines das 39. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Kritik des Überklassismus. — Die Väter des Sprachenparagraphen. Von Otto Huel. — Der Volkskampf in Wittenberg. Von Erich Roßmann (Stuttgart). — Die Lage des Handelsküttarates. Von Wilhelm Krimm. — Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland. Von Hermann Remmelt.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten.

Sonderburg, S. S. 1. Bis zum 22. Juni. 2. Bei der Ortsaufsichtsbehörde und auch bei der Baugewerbeaufsichtsbehörde. 3. Rödmen wir nicht sagen. 4. Die Untersuchungen berechtigten Sterbefälle betragen im Jahre 1908: 790, 1904: 1084, 1905: 1284, 1906: 1276. 5. In der statistischen Beilage Nr. 3 des „Correspondenzblattes“, Jahrgang 1907, Tabellen V und VI.

Neustadt, S. S. Wir haben es endlich satt, den Lefern solche Verächtigungen vorzulegen und lehnen es darum ab. Man schreibe die Namen deutlich, dann werden sie auch richtig gelesen werden.

Grimmen, S. S. Die Veröffentlichung der Namen der Kandidaten zum Verbandsstagswahl muss nun unterbleiben, da die Wahlen beim Erreichen dieser Nummer des „Grundstein“ schon vollzogen sein müssen.

S. S. 98. Ein weiteres Mittel als die Reklamation gibt es nicht. Es ist nicht gerecht notwendig, dass derartige Briefe eingeschrieben werden, aber der größere Sicherheit wegen ist es zu empfehlen. Gemeinde- und Kirchenstern müssen am Wohnturm befestigt werden.

Kiel, S. S. Bei 114 abgegebenen Stimmen beträgt die absolute Mehrheit 58. Nach dem uns mitgeteilten Ergebnis ist A mit 66 Stimmen gewählt; bei der erforderlichen Stichwahl für den zweiten Abgeordneten kandidieren nach § 19 des Wahlreglements alle nicht gewählten Kandidaten wieder, zwischen denen dann einfache Mehrheit entscheidet. Bei der Stichwahl wären also Stimmen für B, C, D und E gültig.

Bernigerode. Der Antrag ist sehr unklar, die Berichtigung ist nicht nötig, da die Anträge in ihrem Wortlaut in der nächsten Nummer berücksichtigt werden.

Friedrichshain, S. S. Der Briefträger kann die Briefe nicht ausstragen, wie es ihm gefällt, sondern er muss dies tun, wie es ihm von den vorliegenden Behörden vorgeschrieben ist. Was den Baum betrifft, so lässt sich wohl auf dem Wege des Zivilprozesses loben wert ist, um deshalb einen langwierigen Prozess anzustrengen, dessen Ausgang noch sehr fraglich ist, dient einfach beweisfertig werden. In Betracht käme bei einer etwaigen Klage der § 812 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bahnhofsvorstände oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Bauhen und Umgegend. Der jetzige Vertrauensmann Bauhen, Karlstr. 4, 3. Et. [90 Pf.]

Regensburg. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: Silberne Fischgasse 677, 1. Et. [90 Pf.]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik berichteten wir alle Totestatte der Verbandsmitglieder, von denen aus innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Helle kostet 15 Pf.)

Eugenius. Am 27. Juni ertrank beim Baden unser Verbandskollege Max Beylich im Alter von 25 Jahren.

Dresden. Am 21. Juni starb unser Verbandskollege August Bauer im Alter von 58 Jahren an Karbunkel.

Frankfurt a. M. Ober Wörden. Am 20. Juni starb nach langer Krankheit unser treuer Verbandsmitglied Heinrich König im Alter von 55 Jahren an Krebsleiden.

Gelsenkirchen. In der Nacht vom 20. zum 21. Juni starb nach langer Krankenlager unser treuer Mitglied Ernst Krummschmidt an der Proletarierskrankeit.

Halle a. d. S. Am 24. Juni starb unser Verbandskollege Ferdinand Werther im Alter von 49 Jahren an Magengeschwür.

Havelberg. Am 21. Juni ertrank unser junger Kollege Wilhelm Krause im Alter von 19 Jahren.

Görlitz. Am 21. Juni starb unser Verbandskollege Wilhelm Strowig aus Schwäbisch im Alter von 49 Jahren an Magenleiden.

Mainz-Wiesbaden. Am 25. Juni starb unser Ehrenmitglied Andreas Flach im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.

Wichendorf. Am 19. Juni starb unser Kollege Albert Spahn aus Langewiesen im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Sturzes von einem Neubau in Charlottenburg.

München. Neubau. Am 16. Juni starb unser Kollege Franz Xaver Schwarz im Alter von 50 Jahren an Herzleiden. — Am 17. Juni starb unser Kollege Franz Xaver Trinkl im Alter von 54 Jahren an Gehirnentzündung.

Nürnberg-Fürth. Am 16. Juni starb unser Kollege Johann Artner im Alter von 49 Jahren an der Proletarierskrankeit. — Am 19. Juni starb unser Kollege Gottfried Endress im Alter von 44 Jahren in geistiger Unklarheit durch Erbänge freiwillig aus dem Leben. — In der Nacht vom 20. zum 21. Juni wurde der Kollege Johann Thumann im Alter von 24 Jahren bei Laufanfahrt von der Lokomotive erfasst und verstarb. — Am 22. Juni starb unser Kollege G. Witt von Heroldsberg im Alter von 46 Jahren an Herzschlag. — Am 23. Juni starb unser Kollege Christof Möhres aus Bimbach im Alter von 24 Jahren dadurch, dass ihm beim Heben eines Steines eine Dingenader platzte, wodurch er verblutete.

Spandau. Am 22. Juni starb der Kollege Hermann Schadenberg im Alter von 56 Jahren an Nierenleiden.

Sprottau. Nieder-Bauchem. Am 26. Juni schied unser treuer Verbandskollege Hermann Schade im Alter von 44 Jahren freiwillig aus dem Leben.

St. Johannis. Niederkirchen. Am 21. Juni starb nach langer Krankheit unser treuer Verbandsmitglied Karl Klein im Alter von 25 Jahren an Dungenader.

Thorn. Am 17. Juni starb der Kollege Ed. Kupler an Herzschwäche.

Tondern. Am 16. Juni starb der Kollege Willy Seidewitz plötzlich durch Ertrinken beim Baden im Alter von 19 Jahren.

Bittau. Am 24. Juni starb nach langer Krankheit unser Verbandskollege Gustav Eichler im Alter von 29 Jahren an Dungenader.

Die Adresse unseres Kassierers ist: August Bremer, Holzminden, Glockenpfuhl Nr. 2. [90 Pf.]

Pegau. Der erste Zweigvereinsvorsitzende, woht jetzt: Neugärtner Nr. 108b; der erste Kassierer Neugärtner Nr. 112. [90 Pf.]

Uelzen. Der Kassierer E. Hildebrandt woht jetzt: Schuhstr. 43, 1. Et. [60 Pf.]

Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“. Luckenwalde.

Vom 1. Juli an ist die Wohnung des Verbandsmitgliedens Franz Ernische Grütt. 27. Krankeleute werden dort verabfolgt. [M. 1,80] Die Verwaltung.

Heinrich Kühlewind wird um Angabe seiner Adresse an den Vorsitzenden des Zweigvereins Wittenberge erfuhr. [90 Pf.]

Heinrich Dietze, geb. 27. Juli 1878 zu Geesthacht, Verb.-Nr. 70 956, wird um Angabe seiner Adresse an seinen Bruder Hermann Dietze, Geesthacht, einzureihen. [90 Pf.]

August Bottke wird gelucht. Es handelt sich um dringende Familienangelegenheiten. Nachrichten erbittet H. Becker, Landsberg a. d. W., Wöhrnstr. 25. [90 Pf.]

Hermann Werther aus Halle a. d. S., geboren im Mai 1889, Verb.-Nr. 367 499, wird von seiner Mutter um Angabe seines Aufenthalts gebeten, da sich etwas Besonderes in der Familie ereignet hat. Mitteilungen über W. sollte man an den Zweigverein Halle richten. [M. 1,50]

Der Maurer Aug. Behnke, geb. am 8. Oktober 1881 zu Alt-Jabel, zuletzt in Böhmisch, Verb.-Nr. 109 156, wird erfuhr, seine Adresse an seine Eltern gelangen zu lassen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dies dem Zweigverein Barrentin i. Westf. mitzuteilen. [1,50]

Burg b. Magdeburg.

Sonnabend, den 11. Juli, abends 8 Uhr:

Dreizehntes Stiftungsfest

im „Hohenholz Park“,

verbunden mit Verlosung und Kinderbelustigungen. Die Kollegen von Burg und Umgegend sind hiermit eingeladen. [M. 3] Der Vorstand.

[M. 3,60] Delitzsch.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

Sommerfest

im „Elindenhof“,

bestehend in Instrumentalkonzert, Preiswettbewerb, Preisregeln und Kinderbelustigungen.

Abends 8 Uhr: Ball. Hierzu lädt alle Kollegen ein. Das Komitee.

Frankfurt a. d. O.

Sonntag, den 5. Juli:

Gewerkschaftsfest mit Umzug.

Abmarsch Punkt 2 Uhr vom Gewerkschaftshaus.

Es wird jedem Kollegen, auch den außerhalb wohnenden, zur Pflicht gemacht, sich daran zu beteiligen. [M. 3] Der Vorstand.

Nakel a. d. Netze.

Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Drittes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Haupt, an der Nege.

bestehend in Konzert, Festrede, Preissiegeln und Kinderbelustigungen. Alle Kollegen von Nakel a. d. Netze und Umgegend werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 8] Das Komitee.

Wolfenbüttel.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

Elftes Stiftungsfest verbunden mit Johannisweihe

in Lohrs Lokal (Deutsches Haus), Auguststadt,

bestehend in Konzert, Umzug durch die Stadt, Gefang, turnerischen Aufführungen und Aufführungen des Arbeiterfahrradervereins. Nachdem — Ball —

Die Kollegen vom Zweigverein Wolfenbüttel und den umliegenden Bahnhöfen sind hierzu freundlich eingeladen. [M. 4,20] Das Komitee.

Zeitz.

Sonntag, den 12. Juli, nachm. 3 Uhr:

* Stiftungsfest *

im „Preussischen Hof“,

bestehend in Konzert, Kinderbelustigungen, Preisregeln und Ball.

Alle Kollegen sind hierzu eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Männer.

Sonnabend, den 4. Juli.

Iitzehoe. Abends 8 Uhr außerordentliche Verbandsammlung. T. O.: Der Kampf ums Dorf. Referent: Kollege Ruth, Berlin.

Sonntag, den 5. Juli.

Dreieck, Nachm. 2 Uhr bei Dössert.

Granssee. Nachm. 4 Uhr im Freischenchen Lokal. T. O.: Sommervergnügen. Referent: Geheimer und Kunstschauspieler. Vorm. 11 Uhr

Hamburg, im Gewerkschaftshaus.

Salzwedel. Nachm. 3/4 Uhr im Gasthof zur Deutschen Eiche. Referent: Kollege Julius Koch, Magdeburg.

Zerbst. Nachm. 3/4 Uhr im Spechterschen Lokale.

Montag, den 6. Juli.

Bensheim. Bei Peter Haust, „Gasthaus zur Linde“.

Dienstag, den 7. Juli.

Bitterfeld. Abends 7 Uhr im Restaurant „Hohenholzern“. Wichtige Tagesordnung!

Eisleben. Abends im Verbandslokal. Wichtige Tagesordnung!

Forst. Abends 6 Uhr im Gesellschaftshaus.

Heide. Bei Gastwirt W. Oss.

Mittwoch, den 8. Juli.

Wittenberg. Abends 6 Uhr bei Otto.

Sonntag, den 12. Juli.

Annaburg. Bei Peter Haust.

Bamberg. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Mitgliedsbücher mitbringen!

Coblenz. Vorm. 1/2 Uhr im „Goldenen Ring“. Wichtige Tagesordnung!

Zentral-Krankenkasse der Männer usw.

Sonntag, den 12. Juli.

Cöln. Vorm. 11 Uhr im Baden. Großer Griechennachmittag. T. O.: Bericht von der Generalsammlung. Abrechnung vom zweiten Quartal.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.